

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 26, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Telefon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengeplante Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 137.

Mittwoch, den 15. Juni 1921.

28. Jahrgang.

Die Säuberung Oberschlesiens eingestellt.

Oppeln, 15. Juni.

Die Interalliierte Kommission hat gestern die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. An alle alliierten Truppenteile ist eine Anweisung ergangen, den Vormarsch einzustellen. An manchen Punkten haben die Alliierten sogar zurückliegende Stellungen bezogen. Als Grund dieser Maßnahme, die bereits zu einem neuen polnischen Vormarsch geführt hat, gibt die Interalliierte Kommission an, daß der deutsche Selbstschutz sich gewelgert habe, zur Niederdrückung des Aufstandes die von ihm besetzten Gebiete zu räumen. Hier ist jedoch die Desart verbreitet, zwischen den Kabinetten in London und in Paris sei eine Einigung in der ober-schlesischen Frage erzielt, in der England den französischen Teilungsplan anerkennt. Schon in den nächsten Tagen soll diese Tatsache bekanntgegeben werden. Die Interalliierte Kommission hat eine Verfügung erlassen, wonach neue Beamte in die Abteilungs-polizei nicht mehr eingestellt werden dürfen.

Die Situation in Oberschlesien hat sich im Laufe des Dienstag wesentlich verschlimmert und ist zur Zeit völlig verfahren, was größtenteils dem Nebeneinanderregieren der einzelnen Instanzen zu verdanken ist. Die eingeleiteten Verhandlungen über die Räumungsaktion sind augenblicklich eingestellt worden und scheinen endgültig zu scheitern, da die interalliierte Kommission auf die Ablehnung des deutschen Selbstschutzes bezüglich der Räumung des Annaberges sich nicht einlassen will. Am Dienstag haben zwischen der interalliierten Kommission und dem Selbstschutz keine Verhandlungen mehr stattgefunden. — Bekanntlich lehnt der Zwölfer-Ausschuß die Räumung des Annaberges ab. Unse Genossen sind der Auffassung, daß unter genügenden Garantien die Räumung des Annaberges vollzogen werden kann. Es scheinen jedoch die von der interalliierten Kommission vorge-sehenen Garantien nicht auszureichen.

Soweit Meldungen aus dem Insurgentengebiet nach hier ge-langen, ist festzustellen, daß die Lage für die deutschen Bewohner verzweifelt ist. Die Verfügung Korfants, nach der jeder Bewohner Erwerbssteuer, Wohnungssteuer, Lohnsteuer und Grundsteuer bezahlen soll, ist aufgehoben worden.

Englands Oberschlesien-Politik.

London, 13. Juni.

Renworth fragte im Unterhause, ob die von Lloyd George öffentlich verkündete Politik bezüglich Oberschlesiens unverändert fortbestehe. Chamberlain erwiderte: Ja. Auf die Frage Renworths, ob die Regierung mitteilen könne, welches die augen-blickliche Lage in Oberschlesien sei, und ob der Vorschlag gemacht worden sei, daß eine gewisse Zone in Oberschlesien durch eine Reihe von Jahren von alliierten Truppen besetzt werden sollte, erwiderte Chamberlain, die Lage in Oberschlesien habe sich im allgemeinen nicht geändert. Man hoffe jetzt, wo Verstärkungen eingetroffen seien, daß die der Kommission zur Verfügung stehenden Streitkräfte genügen, um diese in die Lage zu versetzen, zu einem baldigen Zeitpunkt die Ordnung wiederherzustellen. Chamberlain erklärte, die Antwort auf die zweite Frage laute ver-neinend.

Der Arbeiterpartei-Mitglied Wood fragte: Ist es nicht eine Tatsache, daß die gesamte militärische Leitung der Truppen in Oberschlesien sich in den Händen der Franzosen befindet, und wie können wir irgend eine Besserung erwarten, solange die französi-schen Sympathien mit den polnischen Insurgenten... (hier griff der Sprecher ein und verbot das Weiterreden.)

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Oppeln macht die Franzosen für all das Unheil verantwortlich und beruft sich auf italienisches Zeugnis dafür.

London, 14. Juni.

„Daily Telegraph“ zufolge sieht man in englischen Kreisen die Lage in Oberschlesien keineswegs zuversichtlich an. Von mancher Seite wird sogar vermutet, daß die augenblickliche Stille in Ober-schlesien die Ruhe vor dem Sturm sei.

Der politische Mord.

Liebnecht, Rosa Luxemburg, Eisner sind meuchlings er-mordet. Heimtückisch aus dem Hinterhalt. Zwei der Mör-der sind heute, nach Jahren, noch nicht gefunden. „Es fehlt leider jede Spur der Täter.“ Die Staatsanwaltschaft und die Gerichte scheinen sehr unfindig zu sein — wenn es sich darum dreht, die in der Nachkriegszeit sehr häufig auftreten-den politischen Morde zu sühnen. Der ganze Verwaltungs-apparat der Staatsanwaltschaft scheint dann immer sehr schwerfällig zu arbeiten. Aber nur dann, beileibe nicht immer. So beginnt z. B. in Stade vor dem Schwurgericht demnächst eine zweite Verhandlung, die den Tod des Hauptmann Berthold aufklären soll. In diesem Jahre fand bereits eine Verhandlung gegen zwei Harburger Arbeiter statt, die an jenem blutigen Montag bei der Heim-felder Schule in Harburg den Hauptmann erschlagen haben sollen. Wochenlang wurden die angeblichen Täter in der Untersuchungshaft zermürbt. Drei Tage wurde verhandelt. Der Vorfall wurde bis in alle Einzelheiten durchgesprochen — zum neventzehlenden Gaudium aller Zuhörer — eine endlose Zahl von Zeugen aus ganz Deutschland herbeige-schleppt, und die Angeklagten in ein Kreuzfeuer von Fragen gestellt. Doch alles ohne Ergebnis. — Die Angeklagten wur-den freigesprochen. Aber der Staatsanwalt erklärt mit erhobener Stimme, daß er nicht ruhen und nicht rasten werde, um den Täter der schändlichen Bluttat seiner gerechten Strafe zuzuführen. Und schon nach wenigen Tagen ist es gelungen, wieder zwei Arbeiter festzu-schlagen, die sich nun in der kommenden Schwurgerichtsperiode zu verantworten haben werden. Es wird wieder die ganze graueneregende Szene aufgerollt werden, wobei die durch die Baltikumhorden entwickelten politischen Nebenwirkungen in Betracht gezogen werden müssen, und wohl schon jetzt ist mit ziemlicher Sicherheit zu sagen, daß nichts dabei heraus-kommen wird. Wie oft wird sich das Spiel noch wieder-holen? Denn der Staatsanwalt hat doch vor aller Öffent-lichkeit erklärt, daß er nicht ruhen und rasten wird, bis — — —! Jeder Mord muß gefühnt werden! Bei Hauptmann Berthold handelt es sich jedoch nicht um einen Mord, sondern nur um einen Akt der Volksgerechtigkeit. Hauptmann Berthold fiel in dem Kampfe, den er der Volksmasse in Harburg und nicht nur in Harburg, aufgedrängt hatte. Er wurde das Opfer seiner eigenen Absichten. Er wurde durch die Menge getötet, da er dieser Menge seinen eigenen Willen aufzwingen wollte, unter Anwendung aller Mittel, nicht zuletzt des Mit-tels der Beseitigung der sich ihm entgegenkommenden Men-schen durch den Tod. Durch diesen seinen Willen, der letzten Endes im Dienste seiner eigenen Interessen gegen die Volks-masse stand, wurde Berthold zu einem Schädling des Volkes. Er ging zugrunde, wie jeder zugrunde gehen wird, der glaubt, den Volkswillen mit Handgranaten und verwilderten Men-schenhorden bestimmen zu können, wie jeder Schädling des Volkes, der mit brutalen Mitteln zum Schaden der Gesamt-heit handelt.

Ein deutsches Gericht sprach neulich einen Armenier frei, der Talaat Pascha, einen türkischen Würdenträger ermordete, da dieser hohe türkische Beamte ein Schädling für das armenische Volk war. Ein deutscher Volksschädling, nicht weniger brutal wie jener Türke, der im Kampfe mit einer erregten Volksmenge erschlagen wurde, da er sich rücksichtslos über das „Vad“ hinwegsetzte, veranlaßt einen deut-schen Staatsanwalt mit erhobener Stimme zu sagen, daß er nicht ruhen wird, bis die Tat gefühnt ist. Der Staatsanwalt hat wohl nach seiner Auffassung das getan, was er tun mußte.

Doch das wäre zu verstehen, wenn nicht dem gegenüber die Freisprechung der Harburger Mordhunden stünde, die Mordtaten von Liebnecht und Luxemburg noch ungefühnt wären, der Graf Arco, der Mörder Eisners, mit so lächerlich geringer Festungshaft bestraft worden wäre.

Außerste Fündigkeit und zühes Nichtnachgeben auf der einen Seite, äußerste Unfindigkeit und grenzenlose Rücksicht und Gleichgültigkeit auf der anderen Seite. Das ist das Kennzeichen deutscher Gerichtsbarkeit und das wirkt wie blutiger Hohn beim Andenken ermordeter Arbeiterführer auf der Arbeiterschaft. Das ist aber zugleich auf der anderen Seite eine offene Aufmunterung für alle, die der Gesinnung des Hauptmanns Berthold und den Mördern der Arbeiter-führer nahesteht. Das bedeutet, daß durch ein derartiges Verhalten unserer Gerichte der politische Meuchel-mord zum Syfiem wird und bereits geworden ist.

Der Arbeiterführer Gareis wurde auf dem Wege nach seiner Wohnung meuchlings ermordet. Fünf Schüsse wurden auf ihn abgegeben, von denen einer ein tödlicher Kopfschuß war. Da es an dem Abend regnete, konnte die Verfolgung des unbekanntem Täters mit Polizeihunden nicht aufgenommen werden und „von dem Täter fehlt bislang leider jede Spur“, berichten die Zeitungen. Wird man sie jemals entdecken? Wird auch in diesem Falle ein Staats-anwalt vor aller Öffentlichkeit mit erhobener Stimme er-klären, daß die Staatsanwaltschaft nicht ruhen und nicht rasten wird bis — — —? Oder wird die Sühne des

Bayern.

Nach dem Generalstreik.

München, 15. Juni.

Die reaktionären Telegraphenbureaus überstürzen sich, der bürgerlichen Presse die erschreckliche Tatsache mitzutellen, daß seit heute früh in München die bürgerlichen Zeitungen wieder erschei-nen. WTB fügt sogar mit schlecht verhehlter Schadenfreude hinzu, daß das Sekerpersonal in den einzelnen Blättern die Arbeit schon gestern abend wieder aufgenommen habe. Es soll durch diese tendenziöse Berichterstattung ungewisselhaft aufs Neue der — von WTB, U. u. in den letzten Tagen stark unterstützte — Eindruck erweckt werden, als sei der Streik in Bayern in sich zusammengefallen. Demgegenüber muß nochmals, wie wir es schon früher taten, mit allem Nachdruck betont werden, daß die Wiederaufnahme der Arbeit von vornherein für den gestrigen Abend geplant war; wenn die bürgerliche Presse die Innehaltung des von den sozialistischen Parteien vorgesehene Termins für so überraschend hält, so ist dies einmal ein Beweis für die irdige Einschätzung der Disziplin in der Arbeiterbewegung, dar-über hinaus aber verrät es das schlechte Gewissen der bürgerlichen Presse und ihre geheime Auffassung, daß eine Fortsetzung des Streiks bis zur Niederzwingung der Regierung Raht doch nicht so ganz unverständlich und landesverräterisch gewesen wäre, wie es die gleiche Presse in ihren Sonderausgaben darzustellen be-strebte.

Die heute morgen in München erschienenen Tageszeitungen beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem Generalstreik. Der „Bayerische Kurier“ überschreibt seinen Artikel: „Das Ende eines unsinnigen Streiks“ und spricht von einer schweren takti-schen Niederlage der sozialdemokratischen Führer. Das Blatt unternimmt auch nicht einmal den Versuch, den Beweis für diese lähne Behauptung anzutreten. Weiter tritt es für die Schaf-fung einer Organisation ein, die ganz automatisch den Bürger-streik einschaltete, wenn wieder „in so mutwilliger Weise aus rein politischen Gründen Generalstreik ausgerufen“ werde. Es lohnt nicht, auf die scharfmascherischen Ausführungen dieses Organs ein-zugehen oder sie gar zu widerlegen; erwähnt sei nur, daß der „Bayerische Kurier“ das Organ der bayerischen Volkspartei ist, also eine von dem Reichszentrum völlig abweichende Stellung einnimmt.

Die scheindemokratischen „Münchener Neuesten Nachrichten“ bezeichnen den Generalstreik als einen Kampf um die Macht, der dieses Mal „die Sehnsucht des Herrn Auer und anderer Berufs-demagogen nach einem Ministerposten noch nicht befriedigen“ konnte. Auch diese Ausführungen der bürgerlichen Demokratie haben auf einem Niveau, auf das herabzukommen niemand von uns verlangen wird.

Weit bemerkenswerter als diese Hek- und Blügendmährchen der bürgerlichen Presse ist die durchaus glaubwürdige Mitteilung, daß das Verbrechen an Gareis nach wie vor völlig unaufgeklärt ist. Ebenso glaubwürdig ist die Mitteilung, daß die Beteiligung

des Publikums an der Auffindung des Mörders außerordentlich schwach sei. Eine andere Stellungnahme war von den Trägern der bayerischen Ordnung von vornherein nicht zu erwarten, und wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß Herr Polizeidi-rector Böhmner die mangelnde Teilnahme der Öffentlichkeit nicht ganz unerwünscht kommt.

Weiter wird uns aus München zu den Montagsdemonstra-tionen berichtet: Um 3 Uhr nachmittags marschierten die Arbeiter von den Organisationslokalen in großen Zügen mit roten Fah-nen durch die innere Stadt nach dem Ostfriedhof. Verschiedene kleinere Trupps wurden von der höchst provokatorisch aufzutreten-den Polizei auseinandergesprengt, fanden sich aber bald wieder aufammen und schlossen sich den Zügen an, die sich immerfort ver-größerten. Panzerautos mit Maschinengewehren, Panzerreiter und dergleichen mehr durchkärrten die Stadt nach allen Richtungen. Trotzdem ereignete sich kein Zwischenfall. 70 bis 80 000 Menschen strömten nach dem Ostfriedhofe. Bei der Trauerfeier sprach namens der USPD. (Reichsleitung) Ledebour (Berlin), der die so-zialistischen Toten von Kares bis Gareis aufzählte. Der Abge-ordnete Unterleitner widmete den Kranz und einen Nachruf für die USPD, des preußischen und bayerischen Landtages; er übermit-telte gleichzeitig Beteiligungsbedingungen von französischen und österreichischen Sozialisten und diejenigen der sozialistischen Par-teien Württembergs und Badens. Weiter sprach Genosse Endres für die sozialdemokratische bayerische Landtagsfraktion. Der Ma-rsch der Massen in die innere Stadt war durch starke Besetzung der Jahrbrücken gehindert. Die Arbeiter ließen sich aber nicht pro-pagieren und zogen unter dem Gesang sozialistischer Lieder ab. An einer Stelle schlug die Polizei mit Gummiknüppeln auf die Menge ein. Trotz kommunistischer Aufforderungen, den Streik fortzuführen, ist er entsprechend der Parole abgebrochen worden.“

Kommunistischer Zusammenbruch im Mansfelder Kreis.

Halle a. S., den 13. Juni. („Vorwärts“) Am Sonnt-ag fanden Kreistagswahlen für den Mansfelder See-kreis statt. Sie brachten eine Wahlbeteiligung von noch nicht 50 Proz. Der Zusammenbruch der KPD ist katastrophal. Von 21 987 bei der letzten Preußenwahl erhaltenen Stimmen rettete diese Partei nur 6719. Nur infolge des Vorwärts-schreitens der anderen sozialistischen Parteien wurde eine ver-nichtende Niederlage der Arbeiterklasse verhindert. Es stehen jetzt im Kreistage 15 Vertreter der Linksparteien gegen 11 Ver-treter der Rechten. In den Kreistag entsenden die SPD. 5, die USPD. 3, die KPD. 7, der Bürgerblock 10, und das Zentrum 1 Abgeordnete. Bisher herrschten im Kreistage die Kommunisten mit absoluter Mehrheit. Sie verlieren von 13 Mandaten 6. Die SPD. gewinnt 3, die USPD. 2 und der Bürgerblock 1. An Stimmen erhält die SPD. 4535, die USPD. 2334, die KPD. 6719, die vereinigten Bürgerlichen Listen 9560 und das Zentrum 1067.

Mordes an diesem Arbeiterführer dasselbe Schicksal erleben wie die vorhergehenden?

Die Arbeiterschaft in ganz Bayern hat als Protest gegen die verbrecherische Missetat einstimmig den Generalkrieg erklärt. Die bayerische Landesregierung im Verein mit den bürgerlichen Zeitungen erklärten den Streik für nicht gerechtfertigt. Für sie lag keine Veranlassung vor; denn, erklärten sie, durch einen Streik würde die Tat nicht rückgängig gemacht. Das Bürgertum konnte stets alles nötige Verständnis dafür aufbringen, daß ein ganzes Volk in den Krieg geschickt wurde, wenn es galt, etwa den Tod eines Monarchen zu rächen. Aber es heuchelt Verständnislosigkeit, wenn die Arbeiterschaft nicht nur gegen den Mord an einem ihrer Führer protestiert, sondern gegen das damit austauschende System der politischen Morde überhaupt.

Was aber tut das Bürgertum und seine Presse? Mit wenigen Ausnahmen kein Wort des Bedauerns oder der Empörung, sondern es grinst nur und klatscht in die Hände, da wieder einmal ein politischer Gegner für alle Zeiten beseitigt ist. Und das ist das Tieftraurige, das Schändlichste an der ganzen Sache. Man hätte erwarten müssen, daß ein Schrei der Empörung durch das ganze Volk gegangen wäre, vom Größten bis zum Geringssten des Volkes. Ein Schrei der Empörung über den gemeinen politischen Mord. — Nichts geschieht! Dem Bürgertum in seiner großen Mehrheit fehlt das Verständnis für die Gemeinheit einer solchen Tat, es grinst und versucht den Ermordeten zu verdächtigen. Ungewidert muß man sich abwenden und an Heines Worte aus dem „Wintermärchen“ denken:

Die Mörder, die den Meuchelmord
An der deutschen Freiheit verübten,
Die uns vergiftet die Vaterlandsluft
Und alles, was wir liebten!

Der Arbeiterschaft aber mag dies ein warnendes Exempel sein. Der Putz — die offene Gewalt — sind Dinge, die man bekämpfen kann. Sie sind zu überwinden. Hier aber ist heimlicher Mord, der zum System geworden ist. Wird dem nicht Einhalt getan, dann kann keiner wissen, was noch geschehen wird, und schon heute taucht die schaurige Frage auf: Wer wird der Nächste sein?

Deutscher Reichstag.

Dienstag, 14. Juni.

Die Getreidewirtschaft.

Es erfolgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Ein Antrag Duse (D.F.P.) fordert die Ablehnung der Vorlage und Einföhrung der freien Wirtschaft für Getreide.

Reichsernährungsminister Hermes: Es geht zu weit, wenn man jetzt von einem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Getreideerzeugung spricht, obgleich die Versorgung durch die Reichsgetreidekasse, auf die ungefähr die Hälfte der Bevölkerung angewiesen ist, ständig zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist auf das produktionshemmende Bewirtschaftungssystem, vor allem auf die Abneigung der Bauern gegen die weitgehende Fesselung zurückzuführen. Insgesamt werden auf Grund des bisherigen Wirtschaftssystems im laufenden Wirtschaftsjahre rund 2,5 Millionen Tonnen Inlandsgetreide ausgetrieben werden, wovon ungefähr 2,2 Millionen Tonnen auf Brotgetreide entfallen. Wir sind überzeugt, daß eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, weil dabei die Sicherung des bisherigen Bedarfs zu erschwerenden Preisen nicht erreicht werden könnte. Dem Hinweis, daß der Preis des Inlandsgetreides bei freier Wirtschaft durch Verbilligung des Auslandsgetreides mittels Reichszulüssen niedrig gehalten werden könnte, muß widersprochen werden, denn dazu wäre die Bereitstellung von ausländischen Zahlungsmitteln im Werte von 14 bis 15 Milliarden deutscher Papiermark erforderlich. Das verbietet aber die Finanzlage des Reiches. Voraussetzung für die Freigabe ist vor allem eine ausreichende Reserve an Getreide. Eine solche läßt sich aber nicht bilden. Ein Vergleich mit den Erfahrungen der freien Wirtschaftsländer läßt sich nicht ziehen, denn die Preisveränderungen kann ohne Gefährdung des Ernährungszustandes der Bevölkerung eingeschränkt werden. Sichere Anzeichen für eine merkliche Steigerung der Getreideerzeugung liegen noch nicht vor. Aber es eröffnen sich für die nächste Ernte bessere Aussichten. Die Frage der Einführung der freien Wirtschaft ist letzten Endes eine Frage der Entwicklung unserer Volkswirtschaft und der Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches. Wir verdennen nicht, daß das Umlageverfahren bereits von vielen Landwirten abgelehnt wird, weil sie die freie Wirtschaft fordern. Trotzdem wird das Umlageverfahren, wenn die Umlage in mäßiger Höhe gehalten wird, bessere Ertragsverhältnisse zeitigen als die Zwangswirtschaft, wenigstens unter der Voraussetzung, daß die Saatgutverhältnisse rücksichtslos durchgeführt werden. Wir glauben,

daß die Erhebung einer mäßigen Umlage mit gleichzeitiger Freigabe des Ueberflusses ohne geeignete Uebergangsform zur freien Wirtschaft ist. Diese ermöglicht die Ernährung der Bevölkerung zu erträglichen Preisen ohne Reichszulüsse, herbeigeführt durch Erhöhung der Rentabilität des Getreidebaues und Produktion und Verarbeit dem Schleichhandel ein Ende. Die Einführung von Brotgetreide muß noch ganzlichert bleiben. Die Getreide und Hafer wird der freie Handel wieder eingeführt werden können.

Der Protokoll im kommenden Wirtschaftsjahr hängt davon ab, welche Zuschüsse aus Reichsmitteln zur Verbilligung des Mehlens auszuwerfen werden können. Im laufenden Jahre sind 10 bis 15 Milliarden für diesen Zweck angefordert worden. Dieses System muß schrittweise abgebaut werden. Verbunden damit muß die Erhöhung von Steuern und Gehältern gehen. Im kommenden Wirtschaftsjahre müssen daher noch allgemeine Mittel für die Verbilligung des Auslandsgetreides flüssig gemacht werden. Der künftige Mehl- und Brotpreis muß der großen Masse der Bevölkerung angepaßt werden. Der Preis des Umlagegetreides muß erst kurz vor der Ernte festgesetzt werden. Heute ist die Inkommission zusammengetreten. Um unangemessene Preissteigerungen bei dem freien Getreide hinauszuhalten, soll neben der Brotzitation wieder amerikanisches Roggenmehl ausgegeben werden. Scher von Braun (D.F.P.): Man sollte die Zwangswirtschaft auch für Getreide aufheben und nicht Uebergangsbestimmungen schaffen, die neue Erbitterung bei den Landwirten hervorgerufen. Getreide, die gegen das Reichsgetreide eines großen Teiles der Bevölkerung verfallen, lassen sich nicht durchführen. Wir warnen vor dem Umlageverfahren, das einen Zusammenbruch der Getreidewirtschaft zur Folge haben muß. Die ganze Getreidewirtschaft kostet allein an Gehältern 1,9 Milliarden Mark für das Reich. In Berlin sind allein 20 000 Personen in der Getreidewirtschaft beschäftigt.

Schmidt-Röppert (S.D.): So einfach wie Herr v. Braun die Dinge darstellt, sind sie nicht, vielmehr stehen wir vor einer sehr folgenschweren Entscheidung. Die Zwangswirtschaft wird von der Rechts zu unrecht als eine sozialistische Wirtschaft bezeichnet. Das Umlageverfahren genügt allein nicht, um den breiten Massen billiges und gutes Brot zu garantieren. Deswegen muß die Zwangswirtschaft beibehalten werden. Wir haben der Landwirtschaft die Berechtigung, Gewinne zu machen, niemals bestritten, aber diese Gewinne dürfen die Massen der Verbraucher nicht in unangerechtigter Weise benachteiligen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben das Umlageverfahren oft und nachdrücklich gefordert. Jetzt wird es plötzlich von ihnen abgelehnt. Die notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ohne Zwang unmöglich. Man wird Maßnahmen ergreifen müssen gegen Landwirte, die absichtlich die Produktion vernachlässigen. Die 3 Milliarden Tonnen, die das Umlageverfahren garantieren sollen, genügen nicht, um eine ausreichende Ernährung des Volkes zu gewährleisten. Die Vorlage würde ihren Zweck verfehlen, wenn die Haftung der Länder für die Getreidemengen beseitigt wird. Herr v. Braun sprach davon, daß der Reichstag in 2 Tagen in der Landwirtschaft abgehandelt werden muß. Herr v. Braun sollte wissen, daß es in der Landwirtschaft niemals einen Achtstundentag gegeben hat und, daß die deutschen Landarbeiter länger arbeiten müssen als die ausländischen. Die Vorlage ist für uns nur dann ein Weg, die Ernährung der breiten Masse aufrechtzuerhalten, wenn unsere Verbesserungsanträge angenommen werden.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch, 2 Uhr. Fortsetzung der Beratung, Aenderung des Mehrheitsbeschlusses, kleine Vorlagen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Anträge der sozialdemokratischen Fraktion an den Reichstag.

1. Der Reichstag wolle beschließen: Das bisherige Verfahren betreffs Regelung des Verkehrs mit Getreide ist beizubehalten, um damit das gesamte Ernterergebnis für die Volksernährung sicherzustellen. Anbauflächen und Erntertrag müssen besser als bisher festgelegt werden. In die Reichsgetreideordnung sind aufzunehmen die Bestimmungen über die vermögensrechtlichen Haftungen der Erzeuger, Kommunalverbände und Länder.

2. Für den Fall der Ablehnung der Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftform wird beantragt, die durch Umlageverfahren zu ersetzenden Brotgetreidemengen auf 4 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen (anstatt der 3 Millionen Tonnen des Kommissionsbeschlusses), die überschüssige Menge für die Reichsgetreidekasse zu einem gesetzlich festgesetzten Höchstpreis zur Verfügung zu stellen. Die für den Brotbedarf bestimmte Mehrmenge darf jedoch nicht unter 280 Gramm pro Tag für das neue Ernterjahr festgelegt werden.

Ferner hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Entschlüsse eingebracht: Die Lockerung der Zwangswirtschaft ist mit ihrer Annäherung an die Weltmarktpreise heißt eine außerordentliche Belastung aller ärmeren Schichten dar, deren Einkommen nicht aus Goldwert herabfällt. Der Reichstag fordert daher die Regierung auf, gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen, sowie die Rentientempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen.

Die Reichsregierung wird ersucht, mit der Vorlage über die

Neufestsetzung der Getreidepreise zugleich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, nach dem alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichs- und Gemeindebetriebe sowie den in Privatunternehmungen Beschäftigten und auch den Rentientempfängern ein Mehrkommen in der Höhe gestiftet wird, das der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung entspricht.

Insbesondere sind die durch die Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrgewinne für die Allgemeinheit sicher zu stellen.

Wo bleiben die Besitzsteuern?

Berlin, 14. Juni. Die finanziellen Verpflichtungen, die Deutschland als Kassenrechnung des verlorenen Krieges durch die Annahme des Ultimatums eingehen mußte, machen eine Erhöhung der Reichseinkommen notwendig. In den bürgerlichen Zeitungen liest man immer nur von den zu erwartenden Erhöhungen der indirekten Steuern. Von Besitz- oder Vermögenssteuern ist gar nicht die Rede, aber es werden die großen Schwierigkeiten betont, die der Erhöhung solcher Steuern entgegenstehen. Auf diese Weise ist schon eine erhebliche Beunruhigung über die Verteilung der Lasten in die arbeitende Bevölkerung getragen worden. Dies kommt auch in einer Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Reichskanzler deutlich zum Ausdruck. Es ist in dieser Eingabe keine Unklarheit darüber gelassen, daß zunächst starke Besitz- und Vermögenssteuern beschaffen werden müssen, ehe an die Erhebung der indirekten Steuern gedacht werden könne. Jede andere Regelung werde den schärfsten Kampf der Organisationen hervorrufen.

Erzberger und die Bismärcker!

S. A. Im neuesten Heft der „Globe“ behandelt Genosse Jakob Utmayer die angebliche Steuerhinterziehung Erzbergers und stellt die altsächsische Hege gegen den früheren Reichsfinanzminister in einen anschaulichen Vergleich zur Steuerhinterziehung jener wirklichen Steuerhinterzieher. Anknüpfend an das Buch „Meine Erlebnisse in der preussischen Verwaltung“ von Hans von Gerlach, in dem Bismarck als ein notorischer Steuerhinterzieher geädert wird, zieht der Verfasser einen Band der preussischen Steuerhinterziehung der preussischen Großgrundbesitzer gebührend festnagelt. In diesen preussischen Jahrbüchern wird festgestellt, daß schon in Friedenszeiten Jahr für Jahr 60 Millionen Goldmark der Vermögenssteuer entzogen wurden. Während nun diese Summe fast größtenteils auf den Industrie- und Handelsbesitz eskrotete, war es die Einkommensteuer, bei der die Großgrundbesitzer den Staat in der schändlichsten Weise betrogen haben. Von der Fülle dieses erdrückenden Materials, das dieser Artikel enthält, greifen wir zwei typische Beispiele heraus: Ein Ziegelbesitzer der Provinz Brandenburg hat eine nachweisbare Jahreseinnahme von 80 000 (Gold)Mark, versteuerte aber ein Einkommen von 4500 Mark. Zu dieser Lasten berichtet anschließend ein Landratsbeamter aus Schlesien, daß ihm mindestens fünfzig dieser und noch schlimmerer Fälle aus eigener Erfahrung bekannt seien.

Ein Industrieller in einer halbpölnischen Gegend, so erzählt die „antike“ „Düsseldorfer Zeitung“, versteuert ein Einkommen von 10 000 (Gold)Mark und legt in Wirklichkeit jährlich den zehnfachen Betrag zurück. Von Freunden zur Rede gestellt antwortet er: Wollte ich 100 000 Mark versteuern, würde mich der Landrat rufen lassen und zu mir sagen: „Rehrter Herr, es ist Ihnen ja wohl bekannt, daß unser Reichstagsabgeordneter X., der größte Besitzer im Kreise, ein Einkommen von 12 000 Mark hat; Herr Oberamtmann Y., der Pächter des großen Domänenkomplexes, versteuert acht, und ich selbst, der ich ja auch etwas Grundbesitz habe, komme trotz meines Beamtengehältes nicht höher. Ich darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß Sie sich bei Ihren Angaben getrrt und eine Null zuviel hingeschrieben haben.“ Wollte ich, so sagte unser Gewährsmann, der Steuerbehörde gegenüber ein ehrlicher Mann bleiben, so wäre mir der gesellschaftliche wie der geschäftliche Boykott sicher und der Ruin meines hübschen Geschäfts unausbleiblich.

Der Redakteur der „Düsseldorfer Zeitung“ versicherte, die wiedergegebene Unterhaltung eiblich bestätigen zu können.

Mit Recht schließt der Artikel in der „Globe“: „So war es früher bestellt mit dem Patriotismus der Mon-

Onkel János beim Gericht.

Von Stefan Szécsy.

„Gnädiger Herr Richter, ich ersuche ergebenst, ich bin nur wegen der ehelichen Erene hier! Denn ich bin schon, Sie belieben sich noch zu erinnern: vor vierzehn Tagen war der Jahrmart, Herr Richter. Der Jahrmart, der ist nicht zur rechten Zeit bei uns! Wir haben's nicht und den anderen auch nicht. Anderswo, ich bin schon, da ist er zur rechten Zeit, der Jahrmart, in der Pfingstwoche oder womöglich noch später. Denn bei einem so zeitigen Frühjahre, da wird man mit nichts fertig. Nicht mit der Kuh und nicht mit der Frau. Fragen Sie nur den kleinen Kleinas, Herr Richter! Der kann es Ihnen bestätigen, daß ich's schon immer geliebt habe.“

Gerade darum demonstrier ich gegen den Jahrmart, Herr Richter. Ich gehe nämlich nicht hin, wenn sie ihn schon zu so bummer Zeit machen. Ich habe sowieso keinen Nutzen davon, ich bin ein Landmann, ich bin schon, ich habe einen guten Spaten und eine gute Sichel; in unserem Dorfe, da ist kein bürgerlicher Handehude. Das heißt, ein Jude ist da, aber er betriegt nicht.

Das alles sage ich bloß so, Herr Richter, nicht etwa der Verteidigung wegen! Am Jahrmartstage, da höre ich so gegen Morgen, wie jemand in der Stube herumgeht. Na — denkt ich — haben werde ich doch wohl aufwachen! Und richtig — ich wache auf, Herr Richter.

Und da sehe ich, daß mein geschliches Eheweib in der Stube herumgeht. Sie zieht sich an und puht sich, ich bin schon! Wie sie so aufgebannert war wie eine richtige häußliche Dame! Und auf einmal noch sie schon. Meine Nase juckt schon von weitem, ich bin schon!

„Da, Mutter“, sage ich, „was braucht man denn am frühen Morgen schon zu riechen?“

„Ihr seid ein Bauer, János“, sagt sie, „ein bummer Bauer!“

„Na, ich habe sie verheiratet. Nicht sehr, bloß ein bißchen.“ Herr Richter, so eine kleine Morgenhauch, gestandshalber, sozusagen. Sie heult auch nur wenig. Ich bin schon, Herr Richter, ich weis nicht, ob Sie verheiratet sind, aber daran kann man am besten sehen, wie die Haus beschaften war, ob die Frau wenig oder viel heult, Herr Richter.

„Na, ich denke“, sagt sie, „Ihr wollt demonstrieren? Gegen den Markt!“

„Will ich auch“, sage ich, „aber darum hast Du noch lange kein Recht, am frühen Morgen zu riechen. Und dann gib's so was nicht“, sage ich, „daß mein geschliches Eheweib alleine auf den Jahrmart geht! Was sagen die Leute, wenn sie Dich da alleine sehen? He?“

„Und da sagte sie kein Wort, aber sie seufzte wie ein Windstoch. Dann fing sie an, den Staat wieder auszuweichen.“

„Na denke ich, jetzt hat sie die Kunde voll, jetzt soll sie auch ihre Freunde haben.“

„Gut“, sage ich, „wir wollen doch lieber nicht gegen den Markt demonstrieren. Wir gehen.“

„Und wir sind auch gegangen. Auf dem Jahrmart haben wir meinen Freund getroffen, Sie wissen schon, den lahmen Kovács. Und dann sind wir zu dritt herumgegangen in der Menschenmenge. Wir gehen hierhin und wir gehen dorthin, aber bloß immer langsam, herrschaftlich, wie jemand, der es nicht eilig hat. Da sehe ich, wie mein Weib sich plötzlich redt und räfelt, als ob sie auf lauter Köhlen ginge.“

„Gut still!“ sage ich, „was redst Du den Hals?“

„Mit euch“, sagt sie, „kann man's ja garnicht aushalten! Ihr geht ja so, als ob ihr einen begraben wollt!“

„Ist ja auch keine Schand“, sage ich, „wenn's dir nicht paßt, dann lauf nur voran!“

„Wird wohl auch das beste sein“, sagt mein Eheweib, und will schon gehen.

„Unterhoh dich!“ sage ich, und ich brech dir das Genick um!“

„Seht es euch nur an“, sagt mein Eheweib. „Ich gehe den wollen ein bißchen spazieren.“

„Na, ich habe nichts dagegen, denn auf dem Schild stand noch: „Pro Person fünf Kreuzer!“ So habe ich also die Frau fortgehen lassen. Und wir, der lahme Kovács und ich, wir luden jeder unsere fünf Kreuzer an der Kassa ab und gingen in die Stube hinein. Ich bin schon, Herr Richter, da war nun bloß eine Wand mit einem kleinen Fenster in der Mitte, und vor dem Fensterchen ein Stuhl.“

„Gut“, sage ich, „das kommt mir verdächtig vor. Wo ist denn hier Draßlien?“

„Da, hinter dem Glas“, sagt der lahme Kovács. „Ich habe schon gesehen. Man muß sich bloß hinsetzen und reinsehen. Dann hat man das ganze Draßlien vor sich.“

„Das ist so ein Land, Herr Richter, Sie wissen schon.“

„Na, mach du nur“, sage ich zum lahmen Kovács, und denke, er soll's nur zuerst versuchen, denn man kann nie richtig wissen, bei solchen Sachen.“

„Und der lahme Kovács setzt sich richtig hin, auf den Stuhl.“

„Aha“, sagt er, „das ist Draßlien.“

„Was siehst du?“ frage ich.

„Na, solche Bäume und Gras.“

„Draßlianische Bäume?“ frage ich.

„Na so, wie hier, am Marktplatz“, sagt er. „Über Draßlianisch. Und da sind auch noch Eingeborene. Zwei Stück.“

„Was für Eingeborene?“ frage ich.

„Na, die da wohnen!“ sagt der lahme Kovács.

„Neger?“

„Nein. Bloß solche Draßlianer“, sagt er.

„Na, laß mich schon sehen“, sage ich.

„Und ich sehe also hinein, Herr Richter. Und da sehe ich im Gras mein geschliches Eheweib und den Sohn von meinem Nachbarn. Die saßen da in Draßlien.“

„Na!“ sage ich, „ich habe doch gleich gewußt, daß das ein Schwindel ist! Keine Spur von Draßlien!“

„Na und, — und dann hat man den Bubenstrigen ins Spital gebracht.“

(Deutsch von E. R. Koellinghoff und Barbara Friedmann.)

schichten und Reaktionäre, die fächerlich weiße Lammchen gewesen sind gegen den deutschnationalen Abgeordneten Herrn v. d. Riedhoff und gegen das Bankhaus Gruner u. Co., dessen Kundenzliste mit dem Namen „Fri hoon Eitel“ besonnen hat. Wahrlich, man muß in ein Land der Dichter gehen, um eine Partei zu finden wie die der Deutschnationalen und einen Mann wie Herrn Hefferich, die ohne Erörtern von einer Schieberrepublik sprechen und gegen einen Erzberger gehen; ihn, den die Verteilung, wenn er wirklich Steuern hinterzogen hätte, lediglich zum Vereinsdiener ihrer Vereinigung ernennen müßten.

Man kann bei der kommenden Hege der Alldutschen, gegen die neuen Maßnahmen zur Erfüllung des Ultimatum nicht oft genug auf die jahrzehntelange Steuerhinterziehung der Großagrarien und ihres Schutzpatrons Bismarck hinweisen.

Beweisaufnahme gegen Hölz.

In der Fortsetzung der gestrigen Verhandlung gegen Hölz befragte Gerichtsarzt Dr. Hirsch, der den Angeklagten nach dessen Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis untersucht hat, über den Lebenslauf des Angeklagten, wie ihn dieser geschilbert hat. Hölz habe die Gemeindefähigkeit bestritten und sei dann Techniker geworden. Später habe er versucht, das Einjährig-Examen nachzuholen, habe aber infolge Arbeitsüberlastung nicht durchgehalten. Der Sachverständige berichtet dann eingehend über die Intelligenzprüfungen, die er mit dem Angeklagten vorgenommen hat. Von einer Geisteskraft hätte keine Rede sein. Die Untersuchung habe nichts ergeben, was unter die Voraussetzung des § 51 falle. — Der nächste Sachverständige, Dr. Blüper, weist zunächst auf einen Selbstmordversuch des Hölz beim Militär und die krankhafte Psyche des Angeklagten hin. Hölz habe früher u. a. die Werke von Tolstoi und Tagore mit gutem Verständnis durchstudiert. Wenn auch bei Hölz jetzt nicht von einer Geisteskraft die Rede sein könne, so sei er also doch kein gesunder Mensch. Er wolle eine große Energie und riesigen Fleiß auf, jedoch fehle ihm Ehrlichkeit in sein Tun. Nach allem halte er Hölz für einen Mann von erheblich verminderteter Zurechnungsfähigkeit.

Auf Veranlassung der Verteidigung schildert dann Hölz, wie er in die kommunistische Bewegung gekommen sei. „Ich bin Gefühlskommunist aus begeistertem Herzen. Als Vorsitzender des Arbeiterverbandes wurde ich für die Requisitionen usw., die vorläufig verantwortlich gemacht und man setzte auf meinen Kopf Prämien von 3000 bis 8000 Mk. aus. Infolgedessen tauchte ich unter, bildete mich wissenschaftlich weiter, floh aber trotz aller Verfolgungen nicht ins Ausland, sondern wirkte illegal in Mitteldeutschland weiter. Nach dem Kapp-Putsch erst flüchtete ich in die Tschechoslowakei, die mich nicht auslieferte, da sie meine Taten als politische Vergehen ansah.“

Hierauf wurde in die

eingetreten. Der erste Zeuge ist der Fahrsteiger Hennide aus Kloster Mansfeld. Er berichtet, daß an einem Donnerstag in den Hof der dortigen Schachtanlagen ein Trupp von etwa 25 Radfahrern gekommen sei, deren Anführer ihn, den Zeugen, gefragt habe, ob er nicht wisse, daß Generalstreik sei. Er solle binnen einer Viertelstunde seine Karte aus dem Schacht herausholen.

Sehr ausführlich äußert sich der folgende Zeuge, der Kaufmann Alfred Deh aus Berlin. Er sagt u. a.: Ich war während des Aufstandes im März d. J. geschäftlich in Kloster Mansfeld tätig. Dort hatte Hölz im Gasthaus „Goldener Ring“ sein Hauptquartier aufgeschlagen. Als ich an dem Gasthof vorüberging, kamen plötzlich Bewaffnete auf mich zu, erklärten mich für verhaftet und führten mich zum obersten Aktionsauschuss. Dort sah ich Hölz. Notgedrungen stellte ich mich zur Verfügung. Mir wurde darauf erklärt, daß ich als Schreiber Verwendung finden würde. Während meiner Tätigkeit entstand auf der Straße ein großer Lärm. Ich hörte den Ruf: „Halt, oder wir schießen!“ Ich ging hinunter und sah, daß man das Auto des Maschinenfabrikanten Hoffmann beschlagnahmt. Auf die Frage Hoffmanns, mit welchem Rechte das geschehe, antwortete Hölz: „Jetzt ist Generalstreik, Ihr Auto ist beschlagnahmt.“ Und auf den Hinweis Hoffmanns, daß er in dem Auto Brot für seine Arbeiter holen wolle, erklärte Hölz zu den Umstehenden: „Ich arbeite schon seit zehn Jahren nicht mehr und es geht mir auch. Warum sollt Ihr es nicht so haben, wie ich.“ Es ist mir auch bekannt, daß der Angeklagte Kurier nach Berlin, Leipzig und Halle geschickt hat, um Verstärkungen heranzuschicken. Mit einem dieser Kurier habe ich selbst gesprochen. Er erzählte mir, daß er bei der UAPD in Berlin um Verstärkungen gebeten habe und daß man ihm dort verweigert habe, in Berlin ginge es auch bald los. Ueberhaupt war in Klostermansfeld allgemein die Nachricht verbreitet, daß in Berlin große Unruhen herrschten und daß es dort kein Gas und Licht mehr gäbe. Weiter wurde mir erzählt, daß Hölz auch die Sprengung der Kleinbahnstrecke Helbra-Hettstedt geleitet habe. Als die Schutzpolizei aus Kloster Mansfeld anrückte, war der Aktionsauschuss plötzlich verschwunden und ich erkannte mich deshalb auch.

Der nächste Zeuge, Polizeikommissar Ueberscher-Gleichen schildert die Vorgeschichte des Aufstandes in Eisleben. Nach dem Einbruch der Schutzpolizei sei Hölz in Eisleben angekommen und habe dort zur Aktion gegen die Schupo aufgefordert. Auch zum Bildern soll er aufgefordert haben mit den Worten: „Holt Euch wieder, was die Besitzenden Gärten Wäldern und Brüdern geraubt haben. Und wenn Euch dabei die Polizei in die Quere kommt, dann schlägt sie nieder.“ — Rechtsanwalt Hegewisch: Ist dem Zeugen bekannt, daß der Angeklagte zwei von den Arbeitern festgenommenen Schutzpolizeibeamten vor dem Tode bewahrt und sie als Landamänner zur Schupo geschickt hat, um diese zur Entfremdung zu veranlassen? — Zeuge: Ich habe davon gehört, daß er einen Wachmeister zum Kommando der Schutzpolizei geschickt hat.

Der Hiltsarbeiter Otto Morgenstern schildert die Verhaftung der Kommunisten, am 21. März in Mansfeld. Dieser Bericht wird als großer Teil der Arbeiterfrage widerstrebt. Am folgenden Tag fand dann in Mansfeld eine Versammlung im Volkshaus statt. Hier hielt Hölz eine und verheißende Rede. Unter anderem sagte er auch: „Wir sind nicht bloß Hunde, sondern auch Menschen. Nehmt Euch, was Ihr findet und kriegt Euch.“ Am folgenden Tage war ich Zeuge, wie Hölz in die Wohnung des Oberstadtkretars Neßls am Breiten Weg einbrach und dort Brand legte.

Der nächste Zeuge, Kassenbeamter Watzkowski, gibt dann eine sehr ausführliche Schilderung der Vorgänge, die sich im März in der Kreispartei zu Helmsdorf abgepielt haben, wo eine Bande von Hölz die Kassenbrände zu plündern verurteilte. Sechs Bewaffnete führten im Auto vor die Kreispartei und verhafteten sie. Den Eingang zu verschaffen. Die Beamten sperrten die Türen ab, doch drangen die Schwerverwaffneten durch die Fenster ein. Durch die Weisung des Kassenbeamten gelang es, die Schlüssel in Sicherheit zu bringen, so daß die Räuber nicht in die Tresore eindringen vermochten. Der Zeuge wurde als Geisel nach Helbra verschleppt und dort mehrere Tage festgehalten. Dann folgte die Vernehmung des Bergarbeiters Friedrich Böncke aus Helbra, der gegenwärtig sich in Untersuchungshaft

wegen Beteiligung an den Hölzischen Straftaten befindet. In Helbra war ich dabei, wie Hölz von der Familie des Pastors Schmidt, den er verhaftet hatte, Geld zu erpressen suchte. Ich sagte: „Aber Max, laß doch den Mann gehen.“ Darauf erwiderte er: „Quatsch nicht, ein Diener Gottes darf überhaupt kein Geld behalten.“ Als ich noch eine Einwendung zu machen versuchte, schickte mir Hölz den Revolver auf die Brust und befahl mir, ich solle mich sofort bei der Roten Armee melden. Als ich einwandte, ich sei Kriegsbeschädigter und könne das nicht, wollte er mich in den Aktionsauschuss schicken. Als ich auch das ablehnen wollte, sagte Hölz: „Dann kriegt du eine Kugel.“

Hierauf wird der Landjäger Schipper vernommen. Er schildert den Besuch einer Hölzischen Bande in der Nebenstelle der Kreispartei in Helbra, über den bereits gestern der Zeuge Watzkowski berichtete.

Der Hilfsprediger Schröder ist von Hölz am 23. März in Eisleben verhaftet worden, als er dort von Mansfeld zum Besuch erschien. Zeuge: Auf der Straße rief plötzlich ein Mann hinter mir her: „Halt!“ Als ich stehen blieb und der Mann an mich herantrat, fragte er mich: „Wie heißt du?“ Ich antwortete: „Schröder.“ „Was bist du?“ hieß es weiter. „Hilfsprediger“, antwortete ich. Darauf der Mann: „Du bleibst jetzt hier als Geisel. Für den ersten erschossenen Arbeiter fliegst du über den Haufen.“ Er beorderte dann zwei bewaffnete Leute, die sich neben mir postierten. Auf meine Worte: „Ich bin doch unschuldig“, erklärte er: „Schuldig oder nicht schuldig, du gehörst zur Bourgeoisie, die wir jetzt vernichten. Voriges Jahr haben wir geblutet, jetzt müßt ihr bluten.“ Nach einer Weile fragte er mich: „Weißt du wer ich bin?“ Als ich antwortete: „Nein“, sagte er: „Ich bin Max Hölz. Hast du von ihm schon gehört?“ „Gewiß“, sagte ich, worauf Hölz meinte: „Eine nette Bekanntschaft, nicht wahr?“ Trübsinnig sagte er mir, daß es in Wirklichkeit Max Hölz war. Plötzlich trat einer der umstehenden Leute: „Dort oben steht jemand am Fenster, der will plündern.“ Hierauf zog Hölz seinen Revolver und gab kaltblütig drei bis vier Schüsse auf das Fenster ab. Hierauf entfernte ich mich langsam und kam bis zur Straßenecke. Da rief es dreimal: „Halt!“ und zwei Schüsse trafen mich hier, ohne mich zu treffen. Als ich eben in das Haus meines Schwelgereaters flüchten wollte, packten mich meine Verfolger wieder mit den Worten: „Du las, jetzt tragt du uns nicht wieder aus.“ Ich wurde in ein Haus in der Samariterstraße gebracht, und kam erst nach langen Verhandlungen wieder frei.

Der nächste Zeuge, der Kaufmann Gustav Hildebrandt aus Berlin, der sich zur Zeit der Unruhen in Eisleben aufhielt, schildert, wie er von Hölz verwundet wurde. „Auf dem Marktplatz stand ein Haufen Menschen und Hölz hielt eine Ansprache. Ich wollte sehen, was kommen würde, und ging vorsichtig an das geschlossene Fenster. Da hörte ich Hölz unten die Worte sagen:

„Geht mal einen Augenblick bei Seite.“ Im nächsten Augenblick trafen zwei Schüsse, von denen mich einer in den Oberarm traf. Vorl.: Waren Sie der Ansicht, daß Hölz auf Sie zielte? Zeuge: Ja. Ein Bekannter: Reschab glauben Sie wohl, hat man auf Sie geschossen? Zeuge: Weil ich mich häufig sehr abfällig über die Kommunisten geäußert habe.

Ingenieur Paul Hildebrandt, der Bruder des von Hölz angeschossenen Kaufmanns, war Zeuge, wie Hölz am Breiten Weg eine Ansprache hielt und dabei sagte: „Genossen, es geht aufs Ganze. Frauen und Kinder sind nicht zu schonen. Nehmt, was Ihr kriegen könnt.“ Der Zeuge erklärt dann weiter, daß Hölz auf keinen, des Zeugen, Kopf 30 000 Mark ausgeschickt habe, weil Hildebrandt bei der Sipo tätig war. Angeklagter Hölz: So viel ist mir der Kopf des Zeugen wahrscheinlich nicht wert. Im übrigen habe ich prinzipiell niemals auf die Köpfe meiner Gegner Prämien ausgeschickt.

Oberstadtkretar August Neßls aus Eisleben gab dann eine ausführliche Schilderung, wie Hölz mit mehreren Männern in seine Wohnung eingedrungen, dort Feuer angelegt und Möbel und Betten zerstört habe. Im ganzen sei ihm ein Schaden von über 20 000 Mk. entstanden, der ihm nicht ersetzt worden sei.

Die Tochter dieses Zeugen schildert den gleichen Vorfall. Hölz habe, nachdem er sich gewaltsam Eingang verschafft habe, gerufen: „Alles raus! Hier wird gebrannt!“ Hölz selbst aktivierte die Gardinen und die Tischdecke an. Als Zeugin mit einem Eimer Wasser kam, um zu löschen, kam Hölz aus dem Schlafzimmer, hielt ihr den Revolver vor die Brust und rief: „Weg hier. Geldsicht wird nicht, sonst schieße ich!“ Später fand die Zeugin beim Säubern auch Zündschnüre, mit denen Hölz den Brand angelegt hatte.

Zeuge Pastor Schmidt aus Helbra hörte am Abend des 23. März ein lautes Poltern an der Hoftür und sah als er öffnete circa 12 schwer bewaffnete Männer stehen. Einer von ihnen sagte:

„Wir leben im Kriegszustand.“

Sie sind ein reicher Mann, wir brauchen eine Million. Wenn Sie uns nicht das Geld verschaffen, werden Sie erschossen.“ Ich mußte mich sofort anziehen und wurde nach dem Gasthof gebracht, wo Hölz jene Drohungen wiederholte. Am nächsten Morgen wurde ich nach einem anderen Gasthofe gebracht, wo die Verhandlungen mit meinen Angehörigen, die stets Zutritt hatten, stattfanden. Diese hatten versucht, das Geld inzwischen im Dorfe bei der Volksbank und Privatpersonen aufzutreiben. Hölz erzwang nun meine Forderung auf 200 000 Mk. Meine Frau erhielt die Erlaubnis, nach Eisleben zu fahren, um dort das Geld aufzukommen. Als auch dies nicht gelang, wurde ich im Auto nach Hettstedt gebracht. Unterwegs mußte ich die 48 000 Mk. abliefern und wurde später entlassen, nachdem man mir noch gedroht hatte, daß das Pfarrhaus in die Luft gesprengt werden solle.

Volkswirtschaft.

Kathenau Mission.

RW. Der neue Wiederaufbauminister Walter Rathenau hat im allgemeinen eine gute Presse gehabt. Diejenigen führenden Zeitungen, die in wirtschaftlichen Fragen noch erst zu nehmern sind, haben sich fast übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß sich alle wirtschaftlichen Kräfte hinter den Mann und sein zukünftiges Werk zu stellen haben. Zu den Einzelheiten der Anschauungen Rathenaus kann man sich mehr oder weniger ablehnend gegenüberstellen, die weltwirtschaftliche Situation in Deutschland habe sich dahingehend zugespitzt, daß heute wirklich ein großes Wiederaufbauprogramm durchgeführt werden müsse.

Nur in bestimmten Unternehmertreuen hat sich diese Einstellung noch nicht durchgesetzt. Das Präsidium des Hansabundes erstarrt anlässlich der Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister:

„Der Hansabund wird mit gespannter Aufmerksamkeit dem Wirken Walter Rathenaus als Wiederaufbauminister folgen und jeden Versuch, den von Rathenau seinerzeit zusammen mit Wiffell und Möllendorff propagierten Planwirtschaftsgeanken in die Tat umzusetzen, auf das entschiedenste bekämpfen. Wenn daher der Hansabund die Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister schon von vornherein mit den größten Bedenken betrachten kann, so muß der Bund seine jegliche mitarbeitende Tätigkeit beim Wiederaufbau in eine Oppositionsstellung ändern, sobald Rathenau seine früheren planwirtschaftlichen Pläne zur praktischen Durchführung zu bringen sucht.“

Diese Erklärung des Hansabundes ist sehr charakteristisch. Es werden darin die Kernfragen herausgearbeitet, um die es sich für die Zukunft hauptsächlich handeln wird. Wir haben schon die große Bedeutung betont, die durch die Möglichkeit entstanden ist, daß heute Briand eine Politik gegenüber Deutschland treiben muß, die ihm in der französischen Kammer den „Beifall links“ eingetragen hat, daß der Zustand der Wirtschaft in Frankreich selbst die verantwortlichen Politiker zwingt, die deutsche Arbeit für den Wiederaufbau Nordfrankreichs heranzuziehen. Nun wird es darauf ankommen, ob das große Organisationswerk gelingt, für dessen Führung Rathenau berufen worden ist.

Der Hansabund hat von keinem Standpunkt aus gang gut begriffen, daß die Person Rathenaus eine Gefahr für jene Unternehmertreue bedeuten könnte. In den großen Arbeitsauftrag für Frankreich nur als ein finanzielles Geschäft betrachten. Die Schieber wittern Morgenluft. Wird uns die nächste Zukunft nun einen neuen Typ, den Wiederaufbaubetrieb, bescheren? Wird es möglich sein, die Initiative, die Unternehmerenergie so zu wecken und in solche Bahnen zu lenken, daß der Wiederaufbau in Nordfrankreich zugleich eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft sein kann?

Walter Rathenau hat Bücher geschrieben und Gedanken vertreten, die ihn als Schriftsteller und Denker mehr bekannt gemacht haben, als in seiner Stellung des Leiters eines Riesenunternehmens möglich wäre. Der Wiederaufbauminister Rathenau ist nur so lange möglich, wie er zu seinen Ansichten und Anschauungen, am Schreibtisch niedergeschrieben, nun auch draußen in der Welt der Praxis stehen wird.

Rathenau hat als Schriftsteller das Thema der „neuen Wirtschaft“ in mancherlei Variationen behandelt. Er hat geschrieben, wie diese Zeit über uns gekommen ist mit ihrer Unrast, mit ihrer Großartigkeit, mit Maschinenlärm und Organisation der Kräfte, mit der Mechanisierung der Welt und doch zugleich mit mangelnder Unregelmäßigkeit und Widersprüchen. Rathenau ist ein moderner Mensch, ein echtes Kind seiner Zeit. Er steht auch die Reife seiner mechanischen Entwicklung, die unser Wirtschaftsleben erzieht; er steht auch jenen Widerspruch, daß die heutige Wirtschaft, so modern und ergiebig sie sein will, wichtige Konstruktionsfehler enthält. Wir verschleudern und verschwenden ungeheure Werte unserer Wirtschaftskraft. Nicht nur, daß wir unsere Energiekräfte der Erde unwirtschaftlich ausnützen, aus unseren Maschinen einen viel höheren Wirkungsgrad herauszuholen könnten, auch wie wir den Menschen und die Betriebe organisieren, wie der Weg vom Apparat bis zum Konsumenten durch die Hände des Betriebes mangelnd anständige Umwege macht, ist gelegentlich in seinen Schriften klar und geistreich transkribiert worden.

Aber der Zeitgedanke seiner Anschauungsweise besteht doch in dem Satz: Wirtschaft darf nicht mehr Sache eines Einzelmannes sein, sondern muß zu einer Sache der Allgemeinheit werden. Wir müssen eine Gemeinwirtschaft treiben, eine Planwirtschaft, eine organisierte Wirtschaft, und zwar nicht nur im Betrieb selbst, sondern auch in den Verbindungen der Einzelbetriebe untereinander und in der Zusammenfassung zu dem Gesamtwirtschaftsplan.

Rathenau ist Planwirtschaftler, und aus seinen Gedankengängen ist er mit Rudolf Wiffell zusammengekommen, mit dem Sozialisten, der, zwar von anderen Ausgangspunkten herkommend, das Allgemeininteresse über das Einzelinteresse im letzten Wirtschaftspolitik als maßgebend bezeichnet hat. So ist Rathenau als Schriftsteller und Richtungsmann in den Augen jener Leute, die der Fahne des Hansabundes folgen, belastet genug. Und sie wollen eine Politik ihre Mitarbeit entziehen, die nun etwa im Wiederaufbauministerium den Grundgedanken der Planwirtschaft ernst macht.

Deshalb übernimmt Rathenau eine leichte und auch zugleich schwere Mission. Leicht mühte ihm die Aufgabe erscheinen, weil er seit Jahr und Tag sich mit diesen Problemen innerlich auseinandergesetzt hat und um den Anspruch schließlich gerungen hat, als Wirtschaftspolitiker ernst genommen zu werden. Er hat während des Krieges Gelegenheit gehabt, seine Ideen und sein organisatorisches Können an der Rohstoffverföderung bei der Kriegswirtschaft zu erproben. Auch in der Sachwelt muß man anerkennen, daß er diese Aufgabe gelöst hat. Jetzt wird ihm eine noch größere Aufgabe gestellt, über den Rahmen der organisierten Zwangswirtschaft in der damaligen Rohstoffverföderung hinauszugehen und die deutsche Wirtschaft mit der französischen Wirtschaft so zu verbinden und so zu verknüpfen, daß die Fäden unzerreißbar sind. Denn es handelt sich darum, daß wir brauchen unsere deutsche Arbeit in Planwirtschaft organisieren und im Interesse des gesamten deutschen Volkes im weitesten Sinne des Wortes politische und wirtschaftliche „Eroberungen“ machen. Das kann nur gelingen, wenn eine starke Gemeinwirtschaftsdeide alle Vorgänge leitet, wenn mit Tatkraft und harter Energie auch alle Kräfte ausgeschaltet werden, die sich in dieses große Zielstreben nicht einfügen wollen.

Das Wiederaufbauministerium Rathenau wird nur solange Bestand haben, wie es diesen in den Arbeiten des Schriftstellers Rathenau propagierten leitenden Grundgedanken der Gemeinwirtschaft treu bleibt.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 14. Juni.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
	14. Juni.	18. Juni.	
Holland	2927.50	2855.—	
Kopenhagen	1195.—	1215.—	
Stockholm	1567.50	1587.50	
Kristiania	1002.—	1025.—	
Helsingfors	114.50	119.—	
Schweiz	1187.50	1207.50	
Wien (alt)	—	—	
do. (neu)	18.—	18.25	
Budapest	27.87	27.50	
Prag	96.25	93.25	
Spanien	895.—	822.50	
London	265.50	268.75	
Paris	552.—	566.—	
Belgien	362.—	365.—	
Italien	360.50	359.—	
Bukarest	108.50	108.50	
N. York telegr. Ausz.	71.12	72.25	
do. briell. Ausz. od. Scheck	70.75	72.12	

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 14. Juni 1921.				
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport
D.		Welfalia	Loeder	Wachus
D.		Otto Joppen	Gramme	Wismar
S.		Dorothea	Part	Odense

Abgegangen am 15. Juni 1921.				
D.	Welf.	W.	S.	Tag
				1
				4
				2

Verantwortlich für Politik Dr. J. Leber; für die Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schütz; für Injektion Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Neiser & Co., sämtlich in Lübeck.

4

Textil Tage

Holstenhaus

Lübeck

- Damen-Mäntel modernst. Machart aus hellgemusterten Stoffen..... 150.00
- Damen-Wettermäntel aus imprägn. Stoffen, fesche Form 250.00
- Blusenschürzen Wiener Form, aus Wiener Leinen.... 19.75
- Blusenschürzen Wiener Leinen, mit Trägern 25.50
- Wäsche-Stickereien ca. 2 1/2 cm breit..... Meter 1.85
- Wäsche-Stickereien ca. 5 cm breit, Ia. Qualitäten ... Meter 4.50
- Damen-Strümpfe deutsch-lang, schwarze, starke Qualität 6.75
- Damen-Strümpfe englisch-lang schwarz, Fuß mit Verstärkung..... 9.50
- Herren-Socken grau, fein gestrickt, solide Qualität.... 7.25
- Herren-Vorhemden Barchent grau gestreift, mit Kragen u. Krawatte 5.75
- Oberhemden weiß, mit farbigem Einsatz und Doppel-Manchette 68.00
- Sportkragen aus weißem Rips, alle Welten 6.50
- Herren-Krawatten Selbstbinder, breite Form..... 6.50 4.25
- Strickbinder gute Qualität, in sparten Farben 9.75

- Hemdentuche gute Qualität Meter 6.25
- Renforcé mittelstark, ca. 80 cm breit.. Meter 10.00
- Wäschetuche ca. 100 cm breit für feine Leibwäsche Meter 16.50
- Bettlamaste gestreift, Deckbottbreite ... Meter 29.75
- Dirndl-Musseline ca. 80 cm breit Meter 14.50
- Kleiderstoffe doppeltbreit schwarz/weiß kariert Meter 15.75
- Voile splendid weiß, ca. 115 cm breit..... Meter 18.75
- Bestickte Volants ca. 70 cm, auf fein. Glasbatist Meter 19.75
- Woll-Musseline Dirndlmuster, 80 cm breit.. Meter 49.00
- Tennisstoffe gestreift, für Knabenanzüge.. Meter 12.50
- Kadettstoffe gestreift für Knaben-Blusen u.-Anzüge Meter 19.75
- Kostüm-Cheviot Reine Wolle 180 cm breit, dunkelgrün ... Meter 39.50
- Shantung-Seide Originalware, ca. 80 cm breit Meter 39.75
- Rohseide bedruckt in apart. Mustern, ca. 80 cm br. Meter 45.00

Bevor Sie reisen versichern Sie Ihr Reisegepäck gegen Gefahren jeglicher Art, Versicherungs-dauer 60 Tage oder länger gegen geringe Prämie. Fertige Policen, Prospekte und Auskunft an unserer Verkehrskasse.

Wollen Sie nicht länger die enormen Kohlen- und Gaspreise zahlen?

dann besuchen Sie am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr und Sonnabend, dem 18. Juni, nachm. 5 u. abends 8 Uhr die Vorträge mit **Ausstellung „Sparsames Kochen und Heizen“** im gelben Saale des Stadttheaters. Näheres wird noch in der morgigen Ausgabe bekannt gegeben werden.

Leder
Lederabschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 2971

Steuerbuch

enthaltend:
Einkommensteuergesetz
Körperschaftsteuergesetz
Kapitalertragsteuergesetz
Einkommensteuergesetz
Einkommensteuergesetz
Reichsabgabenordnung
mit gemeinverständlichen
Erläuterungen.
Herausgegeben von
Wilhelm Keil.
Preis M. 20.—.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Goldflake!

schöne Wäsche — beste wass. Spinnstoffe
schöne Qualität! Kleiderstoffe, Stoffe.
Kleiderstoffe: 2. Klasse
Kleiderstoffe 32. (1917) Tel. 418.

Pa. Ledersohlen
aus Ziegenleder-Abfällen
empfehlen blüht
F. Brons,
Lübeckstr. 5a, I.
Fernsprecher 498. (2972)

Rechnungs- Formulare

werden hergestellt in der
Buchhandlung **F. Meyer & Co.**
Johannisstraße 46.

Wo Reste

kaufe ich billige (2996)
aller Art?
Bei der bekannten Firma
Johannes Holst
Markt 6. Lübeck. Kohlmarkt 6.

Infolge großen Auftrags
werden die vorzüglichen, taufendfach bewährten
billigen Kohlen-Sparkocher
Donnerstag, den 16. Juni im Restaurant
Scheitherr (Bürgerverein), Königstr. 25
von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends
nochmals praktisch vorgeführt.

Elegante u. Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer,
Kleinfach u. Küchenrichtungen, Spezialität Korbmöbel!
Solide Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.
Möbelhaus de Buhr
Lübeck, Fischstraße 21. (2968) Teleph. 2771. 2781.

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Schuhkrem
Diamantine
überstrahlt
alle!

Oel-Wachs-Schuhputz
Diamantine
ist beste Friedensqualität
Man verlange Dosen mit eingelegetem Zettel:
»Friedensware«

Preiswertes Angebot!
Mais heil (2977)
Mais gebrochen
Mais geschrotet
Haferfuttermehl
Haferfütter
Spezialität:
Schweinemastfutter
Carl Moll, Dampf-mühle
Alshöhe 12/14. Tel. 824

Auszug aus den wichtigsten Steuergesetzen

in Flakatform,
zweifärbig gedruckt,
nach dem Stande
vom 1. April 1921,
Preis Mk. 8.00.
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co.,
Buchhandlung.

Jeden Donnerstag:
Adlershorst. Ball

Verein der Aquarien- u. Zierfischfreunde
zu Lübeck. (2982)
Som 16. bis 21. Juni 1921:
Aquarien- u. Zierfischschau
im Turnerheim (An der Mauer)
Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.
Eintritt: Erwachsene 1,50 M., Kinder 1 M.
Bereine a Person 1 M., Schüler a 50 Pf.
Am Donnerstag, dem 16., Freitag, dem 17., Sonnabend,
dem 18. Juni, abends 8 Uhr finden daselbst
belehrende Vorträge
statt, welche im Ausstellungsraum bekannt gemacht werden.

**Zentralverband der
Maschinisten u. Heizer,**
Geschäftsstelle Lübeck.
Freitag, den 17. Juni,
abends 7 1/2 Uhr
außergewöhnliche
**Mitglieder-
Versammlung**
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
u. a. Beitragserhöhung.
Erscheinen aller Kollegen
erforderlich.
(2989) Der Vorstand.

Konzerthaus Lübeck
Jeden
Sonntag: **Ball.**
Für Sommer-Feste ist
der gänzl. renovierte Saal
teils mit neuem Inventar
noch einige Tage frei. (2987)
Heinz Cyrlacks.

Hansa-Theater
8 Uhr. 8 Uhr.
Nur noch an 3 Abenden
Der große Schläger
mit den unzählbaren
Lachsalben
**Der verjüngte
Adolar.**
In Vorbereitung:
»Die Scheidungsreise«.

Stadttheater Lübeck.
Abonnement 1921/22.
Neuanmeldungen vom 12.
bis 25. Juni im Stadt-
theater, Eingang Schar-
gube vom 9-12 1/2 und
8-8 Uhr. (2966)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 15. Juni.

Im Hinterhaus.

Der Hof im Raume von wenigen Metern im Geviert ist feucht und dumpf. In den hohen, kahlen Säulermauern leuchtet das Dunkel empor bis unter das Dach. Dort oben kriechen ein paar Sonnenstrahlen und wie in weiter Ferne leuchtet ein winziges Stückchen des blauen Himmels und schaut wie mitleidig in den dunkeln Schacht, aus dem die verschleierten Dünste nach oben schweben.

An einigen Fenstern sind grünelnde Blumenbretter angebracht — übrigens das einzige Grüne an dem kahlen Mauerwerk. Selbst die Blumen sind in dem lichtlosen Raume von gelblichfahler Färbung, und die Blüten hängen trübselig die Köpfe. In den Treppentritten wälzt sich ein Dunst von den widerstrebendsten Gerüchen.

Ergebnis klappert Geschirr. Hier und dort schellen Stimmen und dazwischen singt eine Frauenstimme: „Noch sind die Tage der Rosen“ und bricht dann jääh ab und lacht mühsam schrill auf. Wer kennt denn hier im Hinterhaus Lage der Rosen? Ein Kind schreit kläglich und erhält dafür Schläge, die klatschend durch das Treppenhaus schallen.

Sie sind alle verbittert, die hier im Schatten wohnen. Ginstens kamen auch sie mit großen Hoffnungen zum Leben. Das war damals — ach, es ist ja schon so lange her —, als sie jung und schön Sonntags zum Tanze gingen. Und dann: Ein Rausch von wenigen Jahren und Monaten, ein Genießen, das nach all den trüben Kinderjahren doppelt wohl tat. Und dann folgte die Ernüchterung und sie fanden sich im Hinterhaus wieder.

Das Hinterhaus spiegelt die Seelenstimmung seiner Bewohner wider. Den ganzen Tag erhebt kein Sonnenstrahl das Dunkel. Trostlos, grau wie die Häusermauern. Nieht das Leben in ihnen dahin. Die Menschen sind, wenn auch oft noch jung an Jahren, doch alt, verjährt und abgestumpft.

Nur im innersten Herzen leimt die Sehnsucht nach Freude einige Jahre noch. Dann kommt es wohl auch einmal vor, daß ein Lied tönt. Die Töne aber schwingen aus dem Fenster und flattern an den kahlen Säulermauern empor, schauen in die Fenster und streben zum Licht, und neckische Sonnenstrahlen tragen sie weiter in die lachende, grüne Welt und erzählen von Menschen, die in einer anderen Welt wohnen, in einer Welt jenseits des Lichtes — im Hinterhaus.

Protest gegen den Meuchelmord in München.

In einer am Dienstag abend im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltenen Versammlung der Vertrauensleute und tätigen Genossen der sozialdemokratischen Partei hielt Genosse Weiß ein kurzes Referat über das Verbrechen der Reaktion in Bayern und über die Ermordung des unabhängigen Abgeordneten Garetis in München. In kernigen Worten kennzeichnete der Redner das abscheuliche Verbrechen an dem Führer der U.S.D. und gestellte scharf das Wüten der Reaktion in Bayern. Die Arbeiterschaft müsse dagegen wachsam sein und dahintreten, daß der Reaktion und ihren Wortbanditen Einhalt geboten wird. Die Parteigenossen müßten daher wachsam sein, damit der Kampf gegen die Reaktion wichtig und erfolgreich geführt werden könne. Eine gemeinsame Protestaktion mit den Kommunisten, wie diese es gewünscht hätten, habe der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins abgelehnt, weil die ganze Kampfesweise der Kommunisten auch in dieser Frage ein gemeinsames Handeln nicht ermöglicht. Nachdem die Genossen Dreger und Haut recht wirkungsvoll die Ausführungen des Genossen Weiß unterstützt hatten, fand folgende Entschlußfassung einstimmig Annahme:

Die am Dienstag, dem 14. Juni, im Gewerkschaftshaus zu Lübeck außerordentlich stark besuchte Versammlung der Vertrauensleute und tätigen Genossen der sozialdemokratischen Partei verurteilen auf das schärfste den ruchlosen Mord an dem unabhängigen Abgeordneten Garetis in München und gleichermäÙig das reaktionäre Regimentsregiment in Bayern. Die Versammelten wissen sich eins mit ihren Auftraggebern, der über großen Mehrheit der Lübecker Arbeiter, Angestellten- und Beamtenchaft, in der Beurteilung der Mordanschläge der Monarchisten und Reaktionäre aller Länder, die im politischen Norden ihre letzte Auswirkung finden. Sie fordern die Parteilisten auf, wenn notwendig, die schärfsten Mittel zur Bekämpfung jener für das deutsche Volk so unheilvollen Bestrebungen in Anwendung zu bringen. Die Vertrauensleute lehnen jedoch

eine gemeinsame Rundgebung mit der kommunistischen Partei ab, weil sie der Ansicht sind, daß die Politik und Kampfesweise der K.P.D. erst den Boden schuf, auf dem die Reaktion wieder die Kraft gewinnen konnte, zu ihren für das deutsche Volk so verderblichen Zielen.

Die Preßkommission, die in der Versammlung der tätigen Genossen am Dienstag neu gewählt wurde, setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: A. Beck, A. Mengel, R. G. Schr., F. Müller, und Dr. Bieth. Ferner wurde der Parteisekretär mit beschließenden und der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins mit beratender Stimme in die Preßkommission delegiert.

Notverordnung zur Wohnungsmangelverordnung.

Der Bürgerschaft wird am Montag eine Notverordnung über die Wohnungsmangelverordnung vorgelegt, die die Unterbringung Wohnungsuchender in ungenügend ausgenutzten Wohnungen vorseht. Die neue Notverordnung ist notwendig, da die Senatsvorlage über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel, die am 28. Mai von der Bürgerschaft einem Ausschuss überwiesen wurde, wohl noch längere Zeit zur Erledigung in Anspruch nimmt. Die Notverordnung schließt sich, wie es in der Begründung heißt, eng an die Verordnung des Senats vom 11. Oktober 1919 an und trägt den neuen reichsgesetzlichen Vorschriften dadurch Rechnung, daß die Entscheidung über Inanspruchnahme von ungenügend ausgenutzten Wohnungen das Wohnungsammt trifft und gegen Entscheidungen des Wohnungsamtes Beschwerde beim Einigungsamt eingelegt werden kann. Es wird in der Begründung des Wohlfortschrittsamtes weiter angeführt, daß von dem von der Zwangsvermietung betroffenen oder bedrohten Wohnungsinhabern bereits gerichtliche Schritte angeknüpft oder eingeleitet sind. Bei dieser Sachlage erachtet das Wohlfortschrittsamt, unter Hinweis auf die bereits häufig betonte Dringlichkeit des Erlasses neuer Ausführungsbestimmungen zur Reichs-Wohnungsmangelverordnung, es für geboten, die Stellungnahme der Bürgerschaft zu dem bereits vorgelegten Senatsantrag nicht abzuwarten, sondern jetzt mit größter Beschleunigung eine Notverordnung zu erlassen, durch die der geltende Rechtszustand wenigstens in den wichtigsten Beziehungen dem neuen Recht angepaßt und auf diese Weise die Rechtsgültigkeit der Zwangsvermietungsmaßnahmen des Wohnungs- und des Einigungsamtes sichergestellt wird. Die Unter- verordnung umfaßt folgende Paragraphen:

§ 1. Ungenügend ausgenutzte Wohnungen im Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck können durch Entscheidung des Wohnungsamtes zur Unterbringung wohnungsloser Familien oder Einzelpersonen gemäß den nachfolgenden Bestimmungen in Anspruch genommen werden. Als ungenügend ausgenutzt gilt eine Wohnung, wenn sie größer ist, als zur angemessenen Unterbringung ihrer Bewohner erforderlich ist. Wenn die hiernach für entbehrlich erachteten Teile der Wohnung ohne erhebliche bauliche Veränderungen zu einer räumlich und wirtschaftlich selbständigen Wohnung hergerichtet werden können, hat der Wohnungsinhaber diese Veränderungen zu dulden und eine wohnungslose Familie als Mieterin aufzunehmen. Diese Vorschrift findet entsprechende Anwendung, wenn die für entbehrlich erachteten Wohnungsstelle sich nur zur Unterbringung von Einzelpersonen ohne eigenen Haushalt eignen. Eine Entscheidung soll nur erfolgen, nachdem der Versuch einer gütlichen Einigung erfolglos geblieben ist.

§ 2. Wird zwischen dem Wohnungsinhaber und dem ihm vom Wohnungsamt zugewiesenen Mieter über das Mietverhältnis keine Einigung erzielt, so setzt das Einigungsamt die Vertragsbedingungen auf angemessener und ortsüblicher Grundlage nach billigem Ermessen für beide Teile bindend fest.

§ 3. Die Kosten baulicher Veränderungen trägt der Staat. Nach Beendigung der Verpfichtung des Wohnungsinhabers zur Aufnahme wohnungsloser hat der Staat die Räume auf Verlangen wieder in den früheren Zustand zu versetzen.

§ 4. Gegen die Entscheidung des Wohnungsamtes findet die Beschwerde an das Einigungsamt statt. Sie ist innerhalb einer Monatsfrist von einer Woche, die mit der Zustellung der Entscheidung beginnt, beim Einigungsamt schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu erklären. Durch die Beschwerde wird die Durchführung der angefochtenen Entscheidung nicht gehemmt. Das Einigungsamt kann die Zwangsmassnahmen bis zur Entscheidung über die Beschwerde einstellen.

§ 5. Die Entscheidung des Wohnungsamtes und des Einigungsamtes können im Wege unmittelbaren polizeilichen Zwanges durchgeführt werden.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Haft bestraft.
§ 7. Die Verordnung, betreffend die Unterbringung Wohnungsuchender in ungenügend ausgenutzten Wohnungen, vom 11. Oktober 1919 und § 1 Absatz 2 der Verordnung, betreffend die Unterbringung Wohnungsuchender vom 8. März 1920 werden aufgehoben.

Achtung, Jungsozialisten! Donnerstag, 16. 6.: Vorlesungen im Freien 1/2 Uhr. Treffen im Sekretariat, 7 Uhr. Aufschußführung. Der Arbeitsausschuß.

Milch und Butter. Zu diesem von uns kürzlich gebrachten Artikel wird uns von der Genossenschaft für Milchverwertung e. G. m. b. H. zu Lübeck u. a. geschrieben: „Die Tatsache, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Milch und Butter das Vorhandensein dieser Produkte in „Hülle und Fülle“ ergeben hat, kann doch wohl nur dem überraschend sein, der die Verhältnisse hierfür nicht kennt oder nicht anerkennen will.“ Dann werden die Gründe aufgezählt, die angeblich zur Steigerung der Milchherzeugung geführt haben. Als Hauptgrund wird angeführt, daß infolge des Abbaues der Zwangsbewirtschaftung in Fleisch und des Aufhörens der Zwangsablieferung des Rindviehs die Zahl der Milchkuhe im letzten Jahre bedeutend wieder zugenommen habe. Des weiteren standen gute Futtermittel, wenn auch teuer, bedeutend mehr zur Verfügung. Die Kühe kommen aus diesem Grunde auch nicht, wie während der Zeit des Mangels an hochwertigen Futtermitteln abgemagert und fast ohne Milch-ertrag auf die Weide, sondern sie waren zu Beginn der Weidzeit in gutem Futterzustand und in voller Milchleistung. — Da müssen wir zunächst doch fragen: Wo sind die Landwirte denn vorher mit der Milch abgeblieben, wenn schon vor dem Weidegang die Kühe in voller Milchleistung standen? Weiter nehmen wir gern davon Kenntnis, daß genügend Futtermittel vorhanden waren. Wir erinnern uns aber sehr gut, daß Herr Henk noch vor einiger Zeit in den Sitzungen des Landeserzeugungsamtes das genaue Gegenteil behauptet hat. Er führte die schlechte Milchleistung auf den mangelhaften Futterzustand der Tiere und auf das Fehlen von hochwertigen Futtermitteln zurück. Denn verlangte damals, der Staat solle dieses beschaffen. Diese Widersprüche mögen die Landwirte unter sich regeln. Aus der Zuschrift muß man aber folgern, daß die Zwangsbewirtschaftung in Fleisch den Viehbestand vornehmlich verringert hat. Angesichts des kleinen Haufen Fleisches, den die Bevölkerung auf die Fleischarten erhielt, kann diese Behauptung ernstlich nicht aufrecht erhalten werden. Es sei denn, daß die Landwirte Schwarzschlachtungen, Schlachungen und Umgehungen zugeben. Tatsache ist jedoch: Die große Masse der Bevölkerung hat infolge der Durchbrechung der Zwangswirtschaft in Fleisch ebenso Mangel gelitten, wie sie durch die Durchbrechung der Zwangswirtschaft in Milch leiden mußte. Wir freuen uns mit dem Artikelschreiber, daß heute mehr Milch in Lübeck vorhanden ist und wünschen, daß auch künftig kein Mangel eintritt. Vor allem muß aber jeglicher Preissteigerung, wie sie leider in anderen Orten mit der Freigabe der Milch einsetzte, entgegengetreten werden. Nur dann hat das Lob, das der freien Wirtschaft in dem Artikel gesendet wird, eine Berechtigung. Wenn in der Zuschrift weiter gesagt wird: Die vereinigten Landwirte hätten alles getan, um die Versorgung der Lübecker Bevölkerung mit Milch und Milchprodukten sicher zu stellen, so wollen wir darum nicht streiten, sondern nur darauf hinweisen, daß die Versorgung Lübecks mit Milch in der Hauptsache von auswärtigen Landwirten geschieht. — Der freien Milch- und Butterbewirtschaftung heute schon ein Loblied zu singen, ist mindestens verfrüht, um so mehr, da Butter ein Produkt ist, an dem es mangelt und das sich die Minderbemittelten infolge des hohen Preises nicht kaufen können.

Abnahmefahrt eines neuen Dampfers. Der von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft für die Reederei Joh. M. K. Blumenthal-Dampfer erbaute Eisendrahen-Frachtdampfer „Ina Lotte Blumenthal“ von ca. 2600 T. Ladekapazität ging, wie man uns schreibt, am Mittwoch, dem 8. d. Mts., 4 Uhr nachm. von Travemünde in See, um seine Abnahmefahrt zu erledigen. Sie führte nach Holtenau und verließ dort durchaus befriedigend; Kessel und Maschinenanlagen arbeiteten einwandfrei und zeitigten wesentlich günstigere Resultate als aus Bedingungen. Gegen Mitternacht verließ das Schiff die Holtenauer Schleuse, um durch den Nord-Deisekanal in seinen Heimathafen Hamburg weiterzubampfen, wo es am 9. d. Mts. gegen 1 Uhr mittags im Freihafen festmachte. Der Dampfer ist inzwischen in Labung gelegt und wird am 15. d. Mts. von Hamburg seine erste Reise nach Spanien antreten.

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

46. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Ist das Geld?“
„Ich erhielt es von meinem Vater. Gerade bevor ich krank wurde. Sie wissen es und wollen mir es abnehmen. Besonders die Alte. Aber sie hat Angst vor den Mädels, sonst hätten sie mich schon umgebracht.“
„Aber du mußt fort von hier.“
„Ja, das will ich auch. Bisher war ich noch zu schwach, und die Alte — es ist nur gut, daß sie ausgegangen — aber sie läßt mich ja nicht fort.“
„Was für eine Alte? Was geht sie dich an?“
„Sie ist eine Isländerin. Ihr Mann hat sie verlassen, weil sie ihm zuviel kostet mit den Kindern. Er soll in Brooklyn mit einer anderen verheiratet sein, aber sie hat ihn noch nicht erwidern können. Nun sagt sie, ich schulde ihr Geld.“
„Ja zum Teufel, bist du denn ein Weib? Sofort gehst du mit!“
„Aber ich bin noch so schwach, wenn sie grade dazu käme. Ich habe —“
Er schweig hilflos, ängstlich.
„Wast hast du?“ fragte Wittkamp. Er bekam Kopfschmerzen in dem Raum und verstand nicht, warum der andere noch zögerte.
„Ich habe mich mit ihr eingelassen und ihr versprochen, sie zu heiraten.“
„Du sagst doch, sie wäre verheiratet.“
„Ja, aber sie will sich scheiden lassen, und sie wird mich verfolgen. Sie will das Geld haben.“
„Komm sofort mit, wir sind schnell auf der Straße!“ Und auf Englich fügte er gleichgültig hinzu, daß die Kinder es hörten. „Also komm hinauf in die Kneipe, du kannst schon einen Drink vertragen. Los!“
Damit stieß er lachend und scherzend den Doktor vor sich her zur Türe hinaus. In der Ecke, aus der das Husten kam, erhob sich leuchtend und spielend eine Gestalt. „Halt, halt! Bist du ein Held?“
Der Doktor fiel über die Treppe, und Wittkamp verhandelte noch immer lustig mit dem zwölfjährigen Anaben.
„Na, mein kleiner Junge. Wir wollen uns mit dem Doktor einen Hauptstück machen. Der war schon lange nicht mehr betrunken.“

„Aber Mutter will es nicht, daß er fortgeht.“
„Hier hast du einen Quarter, aber sag deiner Mutter nicht, daß wir in dem Saloon sitzen! Hörst du?“
Der Junge lachte im stillen über das dumme Greenhorn, das ihm das Geld gegeben. Er hielt jeden für ein armseliges, unwissendes Geschöpf, der kein geborener Neuyorker war. Er sprang noch einmal die Treppe hinunter. „Mutter, sie sind in Barney's Saloon!“
Dann ließ er sich aber nicht mehr aufhalten. Er rannte zu einem Pooleroom, in dem er gestern einen gekohlenen Dollar verspielt hatte. Heute hoffte er auf besseres Glück.
Wittkamp brachte den Doktor auf der Trambahn glücklich bis nach Hause. Dann aber mußte Mrs. Wilson, seine Wirtin, die Badewanne volllaufen lassen.
„Du kannst in den Lumpen nicht bleiben, du hast wohl auch Ungehefer.“
Wittkamp gab ihm seine eigene Wäsche und einen Anzug. Die alten Sachen packte er vorsichtig in Papier und warf sie fort.
„So!“ sagte Wittkamp, als Mrs. Wilson ein Abendessen aus Speck und Eiern hereinbrachte. „Jetzt bist du deinen ganzen verdammten Keller, die Sauferei in Barney's Wirtschaft, deine Alte, deine Krankheit und alles los. Jetzt wollen wir mal sehen, wie es dir bald anders zumute ist.“
„Ja, ich glaube schon, daß es eine gefährliche Bombe war.“ und ist in einem ganz anderen Land. Wenn ich was verdorben hätte, wer würde mich wieder finden? Keine Anmeldungen, keine Polizeigeschichten, man kann mit jeder Minute sein Leben von vorn beginnen.“
„Aber diesmal hast du schon in der Kutsche gefessen. Wie du herunter warst — ich glaube, es ist gut, daß du krank geworden!“
„Sonst hätte ich alles verrunken, und meine Freunde, die hätten mich sicher bei einer Gelegenheit totgeschlagen.“
„Ja, ich glaube schon, da es eine gefährliche Bombe war.“
„Das Schlimmste habe ich aber zuletzt im Keller ausgestanden. Ich lag da und konnte nichts essen. Einen Gelb hatte ich vor allem, auch vor mir selber. Als der Arzt da war, wollte ich ihm sagen, er solle mich holen lassen, ich hätte Geld, um es zu bezahlen. Aber die Augen der Alten — sie stand ja dabei und hörte jedes Wort. Ich wäre schon allein weggegangen, doch ich war zu schwach, um zu gehen.“
„Daß sie dir das mit Gewalt nicht weggenommen hat —“

„Ja, sie glaubte ja auch wirklich, ich würde sie heiraten, und dann hätte ich ihr erzählt, ich bekäme regelmäßig Geld von zu Hause. Mein Vater hat ja auch genug.“
„Und wenn du sie jetzt noch einmal triffst?“
„Wie soll ich sie treffen? Ich werde mich hüten, in die Gegend zu gehen. Übrigens, sie ist ein gefährliches Frauenzimmer. Ein Mann ist ja niemals so gemein und so frech, wie ein Weib werden kann. Und dann hier in Amerika, wo sie so viel zu sagen haben. Aber mir ist das jetzt ganz egal. Sie kann mich höchstens auf kurze Zeit verhaften lassen. Ja, wenn sie noch unverheiratet wäre, aber als Ehefrau kriegt sie beim Richter kein Recht.“
„So, jetzt mußt du schlafen, du bist zu müde. Ich werde mich aufs Sofa legen. Morgen sehn wir dann schon weiter. Dann erzähl ich dir auch, wie es mir ergangen ist.“
18.
Es dauerte acht Tage, bis der Doktor wieder so ziemlich gesund und bei Kräften war. So lange er im Bette oder auf dem Sofa lag und nüchtern war, setzte er Wittkamp immer wieder in Staunen durch seine scharfsinnigen Bemerkungen, die er über sich und die anderen Einwanderer und über die ganzen Zustände in Amerika machte.
„Was sind wir zwei denn auch für Kerle, was haben wir hier eigentlich zu suchen? Die richtigen Einwanderer, das sind die Land- und Fabrikarbeiter, die die Not in Menge hierhin treibt. Sie können mit ihren kräftigen Armen an die schwerste Arbeit gehen oder durch ihre Bedürfnislosigkeit die besseren Arbeiter verdrängen. Das sind all die Kerle aus dem Südboten, die keine Seife und keine Bildung kennen, die kaum eine Ahnung vom Lesen und Schreiben haben. Aber wir Deutsche gehören heute nicht mehr dazu. Was heute aus Deutschland herüber kommt, das sind im besten Fall junge Menschen, die die Abenteuerlust in die Ferne treibt, oft aber auch Verbummelte oder gar Verbrecher. Unter all den Deutschen, die mit uns auf dem Schiffe waren, gab es keinen einzigen, der nicht einen Knax weg hatte. Wir taten natürlich alle großartig und bildeten uns wunder was ein, weil wir auf dem deutschen Dampfer etwas besser behandelt wurden als die Juden und Polen. Aber hier in Amerika — was wird aus uns? Barkeeper, Kellner und dergleichen, wenn wir nicht gerade ein gutes Handwerk können.“
„Sedenfalls wären die Amerikaner froh, wenn sie statt der Italiener und Spanier — Deutsche und Engländer hätten.“
Fortsetzung folgt.

12. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Hamburg, 12. Juni.

Wendler-Köln gab den Bericht der Beschwerdekommision. Ihr lagen 16 Fälle zur Prüfung vor. 15 bezogen sich auf Neben- nahme von Streikunterstützung aus der Hauptkasse, einer auf die Ausschüsse. Der Kommissionsvorsitz auf Anerkennung der Beschwerden Königsbütte und Hanau wurde stattgegeben, das über hinaus wurden noch die Beschwerden Straßburg und Mannheim anerkannt. Ein Kommissionsantrag, einen der Zahlstelle Hamburg gegebenen Zuschuß in ein Darlehen zu verwandeln, wurde abgelehnt. Ein Unterstützungsantrag der Leipziger zur Feststellung des beim Kapp-Putsch verübten Unrechtes wurde dem Vorstand zur wohlwollenden Verlesenschaftigung übergeben. Alle übrigen Beschwerden wurden abgewiesen; mit 172 gegen 73 Stimmen wurden die drei Ausschüsse eines Königsberger, eines Leipziger und eines Stuttgarter Mitgliedes beauftragt.

Zum Punkt „Gewerkschafts Kongress“ wurde beschlossen, zu beantragen, daß in Zukunft anstatt auf alle 15 000 nur noch auf alle 20 000 Mitglieder ein Delegierter zum Gewerkschafts- kongress entsandt werden soll. Die Entsendung von 86 Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress wurde beschlossen, und zwar von drei Vorstandsmitgliedern, den Rebatteur und zwei Kollegen aus jedem Gau. — Zum nächsten internationalen Holzarbeiter- kongress, der im Anschluß an den nächsten internationalen Ge- werkschaftskongress stattfindet, wurden Larnow, König, Raugel und Schneegans delegiert.

Die Diktand- und Arbeitszeitentscheidung für die Verbands- tagsdelegierten und die Gauleiter wurden gemäß den Vorschlägen der Vorberaterkommission festgelegt. Gemäß einem Vorschlage des Gesamtvorstandes wurde den Gauleitern eine monatliche Auf- wandsentschädigung von 200 Mk. zugewilligt, außerdem der Vor- stand ermächtigt, je nach den Verhältnissen auch für die Orts- beamteten eine Aufwandsentschädigung bis zur gleichen Höhe zu bestimmen.

In einer Erklärung legten die Berliner Delegierten, soweit sie politisch der sozialdemokratischen Mehrheitspartei an- gehörten, Betätigung dagegen ein, ihre Fraktionsbildung auf die gleiche Stufe zu stellen mit den Verbänden der Opposition, die erst durch Vergewaltigungen die S.-P.-D.-Kollegen zu Abwehr- maßnahmen gezwungen hätten.

Auf Vorschlag der Vorberaterkommission wurde nach einer längeren Diskussion beschlossen, in Zukunft die sieben unbe- soldeten Vorstandsmitglieder und ihre Ersatzleute vom Ver- bandstag zu wählen, ebenso den Verbandsauschuß. Auf Vorschlag der Kommission wurde dann der bisherige Verbands- auschuß bestätigt und bestimmt, daß die Zahlstelle Stuttgart eventuell Ersatzleute zu stellen hat. — Die bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder wurden in ihre Ämter einstimmig wieder- gewählt, gegen wenige Stimmen auch die fünf Gau- vorsteher.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich über die Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder. Die Berliner Delegation gab schließlich in einer einstimmigen Erklärung ihre Meinung kund, daß die Wahl der Beisitzer auf dem diesmaligen Verbands- tage unbeschäftigbar sei. Sie wolle keine Garantie dafür über- nehmen, daß die bereits vorgeschlagenen Kollegen ihre Amt- nehmen oder geeignet dazu seien. Sie schlug deshalb vor, in der Berliner Generalversammlung die Beisitzer nach den Grundrissen dieses 12. Verbandstages zu wählen. Zum nächsten Verbandstag müßten die Berliner dann eine ordnungsmäßig vorbereitete Liste mitbringen. — Der Verbandstag willfahrte dem insoweit, als die beiden bisherigen Kollegen Lindemann und Lemble sofort gewählt, die Wahl der übrigen Beisitzer aber der Zahlstelle Berlin aufgegeben wurde.

Bei der „Statutenberatung“ wurde das Beitrags- geld auf 2 Mk. bzw. 1 Mk. festgesetzt. Sämtliche Zahlstellen wur- den verpflichtet, den pflichtmäßigen Beitrag zu leisten. Wo der Beitrag nicht in der statutenmäßigen Höhe fest- gesetzt wird, hat der Vorstand das Nötige zu veranlassen. Auf Vorschlag der Beratungskommission wurde beschlossen, am Beitrag selbst keine Erhöhung vorzunehmen, ebenso keine Erhöhung der Leistungen. Es wurden denn auch nur kleinere Änderungen der Unterstützungsentscheidungen vorgenommen und eine größere Anzahl Beschlüsse verwaltungstechnischer und sozialpolitischer Natur gefaßt.

Der nächste Verbandstag findet, wenn möglich, in Kassel statt. Es wurde in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 97 Stimmen die Einrichtung einer Unterklassung für die ehren- amtlich tätigen Mitglieder und die Angestellten des Verbandes beschlossen. Die erforderlichen Mittel werden aufge- bracht aus Beiträgen der Zahlstellen, der Hauptkasse und der An- gestellten. Die Hauptkasse zahlt einen Gründungsfond von 100 000 Mark, jede Zahlstelle drei pro Tausend der Jahresentnahmen aus Hauptkassenbeiträgen, jeder Angestellte drei Prozent seines Ge- haltes.

Die unbesoldeten Funktionäre zahlen keine Beiträge und sollen Unterstützung erhalten, wenn sie einen Unfall erleiden. Ferner Renten- und Invalidenunterstützung. Im Todesfall kommt auch Witwen- und Waisenrente und Sterbegeld in Betracht.

Die betragenden Mitglieder erhalten bei Erwerbsunfähigkeit eine Invalidenunterstützung im Verhältnis zum Dienstalter und bezogenen Gehalt. Bei einem Dienstalter von einer Beitragsleistung von über 1 bis 3 Jahre 20 Proz. des Ge- haltes, über 3 bis 5 Jahre 30 Proz., über 5 bis 10 Jahre 40 Proz., über 10 bis 15 Jahre 50 Proz., über 15 bis 20 Jahre 55 Proz., über 20 bis 25 Jahre 60 Proz., über 25 Jahre 65 Prozent des Ge- haltes. Erhöht sich mit Einbezug der Unterstützungen aus staat- licher Sozialversicherung und Unterstützungsvereinigung des Ver- eins Arbeiterpresse die Rente auf über 80 Prozent des Gehaltes, so reduziert sich dementsprechend die Verbandsunterstützung, so daß der Gesamtbetrag aller Unterstützungen 80 Prozent des Gehaltes nicht übersteigt.

Einstimmig wurde die Errichtung eines Grabsteins als für den verstorbenen Verbandsvorsitzenden Adam Neumann be- schlossen. — In einer einstimmigen Entscheidung wandte der Verbandstag sich gegen die Ermordung Carets in München, die auf das Schuldkonto der bürgerlichen Reaktion mit Raub und Böhmern an der Spitze zu setzen ist, und verlangt von der Reichs- regierung einschließendes Eingreifen in Bayern.

Mit einem Dank an die Hamburger Zahlstelle, Lokalkomitee und Dekonom des Gewerkschaftshauses, einer würdigen An- erkennung der geleisteten sachlichen Arbeit und einem begeisterten Ausruf zur Einheit und neuer Tätigkeit ließ Larnow die Tagung ausklingen in einem Hoch auf den Verband.

Oberrhein. Eine vorbildliche Siedlung. Das „Norddeutsche Volksblatt“ schreibt: Im Sommer 1919 wurde von 19 ehemaligen Deck- und Unteroffizieren der Marine die Wirt- schaftsgenossenschaft Althorn bei Siedler gegründet. Sie bezweckt, für ihre Mitglieder auf dem Luftschiffhafenlande in Althorn kleine Wirtschaftsbetriebe zu errichten und ihnen so eine Existenz zu schaffen. Die Zahl der Genossen ist mittlerweile auf etwa 140 gestiegen. Erworben hat die Genossenschaft reichlich 100 Hektar Land, über den Ankauf weiterer Geländes wird verhandelt. Der Kaufpreis stellt sich auf reichlich 2000 Mk. für einen Hektar. Fertiggestellt sind 20 Wohnhäuser; weitere fünf gehen ihrer Voll- endung entgegen. Die Gebäude haben einen Friedenswert von etwa 6000 Mk. Die Errichtung der ersten 20 stellt sich auf 88 000 bis 88 000 Mk. pro Haus; die fünf letzten werden etwa 44 000 Mk. kosten. Jedes Haus enthält Küche und vier Zimmer; außerdem sind Ställe für Schweine, Ziegen und eine oder zwei Kühe vor- handen. Daß die Häuser trotzdem so billig hergestellt werden konnten, liegt namentlich daran, daß die Genossenschaft Bau- materialien billig vom Reichsboerenamt erwerben konnte und die Genossen selbst beim Bau mit Hand anlegten. In jedem Hause herrscht der Gedanke der Genossenschaft zwei Hektar Land. Reich und Staat gewähren Zuschüsse; die Siedler müssen für ihre Besetzung etwa 28 000 Mk. aufbringen bzw. ver- zinsen. Als dringend wünschenswert hat es sich erwiesen, ihnen weiteres Land zu beschaffen; die meisten haben schon ein bis zwei Hektar hinzugekauft. Die Genossenschaft bemüht sich, weiteres Land zu erwerben. Zur Zeit verhandelt die Genossenschaft über den Bau weiterer 17 Heimstätten. Die einzelnen Siedler haben schon tüchtig geschafft. Fast das gesamte Land ist kultiviert. Die Früchte stehen allgemein gut. Die Genossenschaft als solche be- treibt auch Landwirtschaft. Augenblicklich hat sie etwa 25 Hektar in Betrieb. Sie besitzt vier Pferde, Dreiseil- und sonstige land- wirtschaftliche Maschinen. Wahrscheinlich wird sie ihren Betrieb noch erheblich erweitern. Geleitet wird er von einem erfahrenen Landwirt. Eifrig bemüht sich die Genossenschaft, den Siedlern neben der landwirtschaftlichen sonstigen Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Eine Steinfabrik verarbeitet die beim Abbau der Luft- schiffhafen und sonstigen Gebäude abfallenden Schuttmassen mit Hilfe von Zementzusatz zu Mauersteinen, die guten Absatz finden.

Oberrhein. Tragisches Ende einer Verlobungsfeier. Ein schweres Bootsunfall ereignete sich in Nordheim. Das Ehepaar Hinzmann, dessen Tochter sich verlobt hatte, unternahm im Anschluß an die Verlobungsfeier mit der Braut und dem Bräutigam sowie einem zehnjährigen Mädchen eine Bootsfahrt. Das Boot wurde von einer Boe erfasst und kenterte. Der Bräutigam, der Vater und das zehnjährige Mädchen ertranken, während die übrigen Insassen gerettet werden konnten.

Altenburg. Schutz der Selbe. Welch reichhaltige Vogel- welt in der Altenburger Selbe herrscht, ergibt sich aus folgendem: 145 Vogelarten brüten hier regelmäßig, davon 100 bis 110 Arten im Naturschutzpark. Kranich, Reiher, Koltrabe, Goldtaube, Schwarz- storch, Rohrdommel, Baumfalk, Wandeltrappe, Heibelerche, Nachtigall, Eisvogel, um nur einige ornithologische Kostbarkeiten zu nennen, brüten im Selbegebiet. Außer den genannten 145 Arten kommen noch 20 bis 30 Durchzügler vor. Wenn man bedenkt, wie entwicklungsgeschichtlich und geologisch wertvoll dieses Stück Selbe ist und daß es diese ganze prächtige Vogelwelt sammelt, wie Naturfreund der heilhe Wunsch aufkommen, dieses Gebiet unter keinen Umständen der großstädtischen Spekulation und geld- gierigen Ausnutzung auszuliefern, sondern es mit allen Mitteln zu schützen!

Gewerkschaftsbewegung.

Niederlage der Bauunternehmer. Die Bauarbeiterchaft der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt war bei der Fest- setzung der Tarifhöhe und dem im Jahre 1920 vereinbarten Lohn- erhöhungen auf einen so starken Widerstand der Unternehmer ge- troffen, daß die endgültig festgesetzten Löhne zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichten. Da auch bei den im März ds. J. erneut stattgefundenen Verhandlungen die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnten, stellten die Bauarbeiter in einigen Orten die Arbeit ein. Nun verlangten die Unternehmer durch ihren Bezirksverband bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit. Dabei entschloßen sie sich nicht, von den Organisationsfor- derungen der Bauarbeiter einen Lohnabbau von 10 Prozent zu verlangen. Um ihrer unumgänglichen Forderung den nötigen Nachdruck zu geben, drohten sie gleichzeitig für das gesamte mitteldeutsche Industrie- gebiet die Aussperrung an. Da sich die Arbeiter auch damals nicht abdrücken ließen, kam es dann auch am 28. Mai zu einem offenen Kampfe, der jetzt nach wiederholten tagelangen Verhand- lungen vor dem Bezirkslohnamt und dem Reichsarbeitsministerium durch einen Schiedspruch, dem beide Parteien zustimmten, den Unternehmern die verdiente Niederlage brachte. Der Schieds- spruch hat folgenden Wortlaut:

Mit Wirkung vom ersten Tage der laufenden Juni-Lohn- moche wird der tarifliche Lohn für Holz-, Zieg- und Betonbau erhöht um 80 Pfennig für Burg, Bernburg, Bitterfeld, Roswig, Deltitz, Eilenburg, Halle, Hettstedt, Hohenmölsen, Merseburg, Lenna, Roßlau, Schleißing, Zeitz, Weißenfels, GutsMuths, Blanken- heim. Ueber die Streikung weiterer Orte sollen sich die Bezirks- leitungen verständigen. Am 20. Juni alle übrigen Orte, so- weit Anträge auf Lohnhöhung für sie am 28. März vorgelegen haben.

Die bereits durch Einigung ohne Anwendung kraftvoller Mittel erstellten Lohnhöhen bleiben bestehen. Alle Streiks und Aussperrungen werden sofort aufgehoben. Die Anträge der Arbeitgeber auf Lohnabbau werden abgelehnt. Außerdem macht das Bezirkslohnamt für Dessau den Vor- schlag, im Falle der Annahme des vorstehenden Schiedspruchs im Wege der Vereinbarung den Lohn auch für Dessau um 80 Pf. zu erhöhen.

Auf Grund dieses Spruches werden alle Streiks und Aus- sperrungen aufgehoben.

Die Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet sind nunmehr ab- geschlossen. Das Ergebnis ist für die freien Gewerkschaften außerordentlich erfreulich. Im Gegensatz dazu haben die radikalen Richtungen, insbesondere die Kommunisten, eine ganz gehörige Schlappe erlitten. Während die freien Gewerkschaften allein 1223 Betriebsratsmitglieder erhalten haben, zählen die anderen fünf Vereinigungen zusammen 1402 Vertreter. Davon entfallen auf die christlichen Gewerkschaften 494 und auf die Volksliche Berufsvereinigungen 108. Für die Arbeiter-Union, die Sozialisten und Kommunisten bleiben danach ganze 862 Be- triebsratsvertreter übrig. Den Löwenanteil davon schließt die freie Arbeiter-Union (Gesellschaftlicher Richtung) die 670 Vertreter hat, dann folgt in sehr weitem Abstand die freie Arbeiter-Union (Deutscher Richtung) mit 120 Vertretern und ganz zum Schluß trotzt die „Revolutionäre Massenpartei“ mit 72 Delegierten einher. — Die Kommunisten poejanen tagtäglich in die Welt hinaus, daß sie die einzig richtige Arbeiterpartei geschaffen haben, daß hinter ihnen ungeheure Massen stehen und daß nur die wenigen anderen, die nach den „Arbeiterverrätern“, den „Gewerkschaftsbögen“, nachlaufen, zu ihr kommen müssen um im Ru den Sieg des Problems zu erringen. Bei geheimen Abstimmungen zeigt sich aber dann, daß die Kommunisten regel- mäßig ins Hintertreffen geraten. Immer mehr erkennt die Arbeiterchaft, daß mit dieser Partei keine Fortschritte zu holen sind, daß man mit ihr nicht die Welt nicht ändern, aber um so besser die Interessen der Arbeiter schädigen kann. Das Abstimmungsresultat zeigt, daß selbst im Ruhrgebiet die Blutspele der Kommunisten vorüber ist.

Eine Aquarium- und Fischhandlung veranstaltet der Verein der Aquarium- und Fischfreunde zu Lübeck, vom 16. bis 21. Juni, im Turnerheim an der Mauer. (Siehe Anzeige.)

Promotion. An der Hamburgischen Universität promovierte zum Doktor der Staatswissenschaften der Betriebsdirektor der Albeder Maschinenbau-Gesellschaft, Baurat Dr.-Ing. G. Fischer.

Wertvolle Goldfunde. Die letzten Wittermeldungen zufolge wurden beim Ausheben eines Grabens in der Dornbreite von Arbeitern 87 holländische Goldstücke (10-Gulden-Stücke), ein Silber- nes Drei-Gulden-Stück und ein Ring gefunden. Die Baubehörde resp. der Staat soll den Fund beschlagnahmt haben.

Wadeaufst. Falkendamm. Wassermühle am 14. Juni morgens 6 Uhr 16'; mittags 12 Uhr 18' Celsius.

pb. Festgenommen wurde eine Verkäuferin aus Memel, die einem Hotelbesitzer in Travemünde einen größeren Gelbbetrag gestohlen hatte.

pb. Diebstahl. Heute nacht drangen Diebe durch Andothen eines Fensters in ein Haus der Bellingstraße und stahlen aus einem Zimmer einen wertvollen blaurot gemusterten Afghanteppeich. — In der Nacht drangen Diebe wahrscheinlich unter Benutzung eines Bootes in den Hintergarten eines Hauses in der Bland- straße und stahlen dort drei bunte Bettbezüge, geg. A. B., eine graue Arbeitsjacke, Schürzen, Hemden usw. die zum Trocknen auf- gehängt waren. — In der Kaiser-Allee in Travemünde wurde ein Fahrrad, Marko Wanderer, gestohlen.

— s. In der Fieberman, die sich unter der sachmännlichen Leitung des Direktors Wolfram zu einer besonders für Fremde angenehmen Gaststätte entwickelt hat, wird im laufenden Monat ein Programm abgewickelt, das jedem Großstadt-Warletier zur Zierde gereicht. Steht man die Arbeit einzelner Artisten, (es sind alles Arbeiter, deren Leben auch nicht immer auf Rosen gebettet ist) bekommt man instinktiv ein Gefühl des Staunens über die Aus- dauer, die sie aufbringen müssen, bis ihre Attraktionen reif für öffentliche Darstellungen geworden sind. Da ist z. B. Nummer 8 des Programms, ein O u m i t t u m s i a k t. Der Akrobat stellt eine über vier Meter hohe Treppenleiter auf einen Tisch, klettert bis oben hinauf, um dann mit Leiter und Tisch mitten in den Saal zu fliegen. Ein atemberaubender Anblick. Nummer 4 sind drei hellere Miniaturmenschen und von Beruf K y l o p h o n - Virtuosen, das mittlere derselben ein herziges Mägdlein mit geschliffen schelmischen Augen. Ein Opernvorpiel, eine Seren- nade und ein Marsch bilden starken Beifall aus. Die sechs Stellas sind akrobatische Tänzerinnen aus strenger, aber guter Schule. Vielfältigkeit, munteres Spiel und neckisches Wesen ist ihnen eigen. Das Vollendetste bietet W i l l i s S c h o n t & C o., eine Original-Szene „Im Herrenzimmer“. So leicht und grazios als alle Leistungen dieses Künstlerpaars anzusehen sind, un- endliche Übungen und ungeheurer Fleiß mußte aufgebracht werden, um die Reife dieser Darbietungen zu ermöglichen. Freunde erstklassiger Varietékunst kommen in der „Fieberman“ auf ihre Kosten. Sonntag nachmittag ist frühzeitiges Erscheinen notwendig, um sich einen Platz zu sichern.

Schlutup. Der Sozialdemokratische Verein hielt vorige Woche seine Monatsversammlung ab. Nach Aufnahme von 8 Genossen gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die am 7. Juni in Lübeck stattgefundene Vorstandssitzung. Scharf gerügt wurde, daß die Witz hier in Schlutup 70 Wfg. teurer ist als in Lübeck. Es wurde empfohlen, den Witzkonsum so viel wie möglich einzuschränken. Vom Gen. Willy Klingebiel wurde ein Fall zur Sprache gebracht, der ihn als Betriebsrat betrifft. Weil er seine Rechte vertreten hat, wurde ihm von seinem Arbeit- geber die Wohnung gekündigt. Weiter wurden einige örtliche Fragen erledigt.

Travemünde. Einrichtung von Sommerpostan- halten. Vom 16. Juni bis voraussichtlich Ende September wird in Niendorf (Ostsee) an Stelle der Postagentur ein Postamt III und in Travemünde am Strandweg eine Zweig- stelle des Postamts Travemünde unter der Bezeichnung „Trave- münde II“ in Wirkamkeit sein.

Angrenzende Gebiete.

Radeburg. Bootsunfall. Der Sturm am Sonntag wurde einer Seglervereinigung zum Verhängnis. Der von schweren Böen unterbrochene Sturm warf umweil des Anlegeplatzes von Campow ein Segelboot auf die Seite, in der sich ein Herr und eine Dame aus Lübeck befanden, die über Bord geworfen wurden und sich nur mit äußerster Anstrengung am Boot über Wasser halten konnten. Der am Anlegeplatz in Campow mit seinem Motorboot haltende Besitzer der Radeburger Motorboot- fahrt, Herr Siemens, ließ sofort mit seinem Boot ab und es gelang ihm trotz des unheimlichen Sturmes, mit dem großen Boot an die Verunglückten heranzukommen und sie in seinem Boot zu bergen. Nachdem sie an Land und untergebracht waren, holte er noch das treibende Boot ein. Dem Kampf mit dem Sturm soll noch ein zweites Boot bei Nacht zum Opfer gefallen sein.

Reinmischer. Der Handschlag der Viehhändler. Der Landesverband der in Schleswig-Holstein, in den Hansestädten und im Fürstentum Lübeck am Vieh- handel beteiligten Kreise tagte hier unter der Leitung des Gros- schlachtermeyers Christian Kneese-Hier. Man wandte sich gegen die Schlachtereis- und Händlerarten, die für die Händler nur lästig wirken und forderte ein Aufstehen unter diesen Gesetze- bestimmungen. Die Händler und Schlachter verlangen volle Freiheit für Gewerbe und sind nicht gewillt, sich noch länger von einer überlebten, überflüssigen Behörde am Gängelbande führen zu lassen. Der Vorsitzende betonte, beim Handel gelte bis auf den heutigen Tag und weiterhin der Handschlag als letztes Zeichen des Vertrauens, für Schlachtermeyers und Viehhändler sowohl wie für die Landwirte. Dieses Vertrauen dürfe nicht getrübt werden. Weiter gab der Vorsitzende die Bedingungen bekannt, die für die Lieferung von Vieh an den Feindbund auf- gestellt worden sind. Die Provinzialparlamentarier in Altona wurde als lohnwertiges und überflüssiges Möbel bezeichnet, das per- schwinden muß. — Die Viehhändler folgten dem allgemeinen Zug der Zeit. Sie sind dieser aber schon lange vorausgeeilt und haben das Feit von den Dänen“ abgehüpft, auch unter der Zwangswirtschaft. Der ehrliebe Handschlag unter Viehhändlern und Landwirten befindet im allgemeinen das gegenseitige Ein- verständnis, den Profit so hoch wie möglich anzulegen. Man lese unsere Artikel unter Volkswirtschaft in Nr. 188 des Volksboten nach, wo über die „vollelebenden“ Viehhändler in Bayern be- richtet wurde.

Hamburg. Frühherab 4000 Studierende. Im Sommersemester 1921 sind an der Hamburgischen Universität in- gesamt eingeschrieben 2067 Personen, davon sind ordentliche Studierende 843, darunter 421 Frauen und 524 Sachherer, darunter 198 Frauen. Von den ordentlichen Studierenden besitzen 1380 die hamburgische Staatsangehörigkeit, darunter 282 Frauen. An Aus- länder sind im Sommersemester als ordentliche Studierende 78 Personen eingetragen.

Hofk. Militärische Werbungen. Die die „Reichs- Volkszeitung“ meldet, sind in diesen Tagen verschiedene junge Leute aus unserer Stadt spurlos verschwunden. Vermutlich sind sie Werbem in die Hände gefallen und sollen nach Oberpfalzen gebracht werden. Zum Teil handelt es sich um junge Leute von hiesigen, achtzehn Jahren, die von Geld und Verheißungen ver- lockt ohne Wissen und Willen ihrer Eltern sich haben ver- lassen lassen.

18. Genossenschaftstag.

Kr. Baden-Baden, 10. Juni.

Am Montag, 18. Juni hat der 18. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zusammen mit dem 12. Tagungstag der Reichsvereine der Konsumvereine in Baden-Baden eine wichtige Tagungsordnung zu erledigen. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Konsumgenossenschaften ist in diesem Wachen; sie wird immer größer, je mehr wir zu der notwendigen Umformung unserer heutigen Wirtschaftsordnung kommen und aus der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische Gemeinwirtschaft entsteht. Bei dieser hohen Bedeutsamkeit der Genossenschaften für unser Wirtschaftsleben dürfte die Tagung der höchsten Verbraucherorganisation, des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der fast 8 Millionen Mitglieder umfasst, besonders Interesse hervorrufen.

Auf die Tagesordnung des Kongresses stehen vierzehn Punkte, darunter neben den üblichen Berichten verschiedene wichtige Referate. So wird der Generalsekretär des Zentralverbandes, Heinrich Kaufmann, die Frage der Einigung mit Konsumvereinen in Kamerun behandeln, und über die Neuausrichtung der Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften wird der Geschäftsführer der Großkaufmannschaft, Everling, sprechen. Die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung wird der Redakteur der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, August Kisch, erörtern. In früheren Jahren ist um diese Frage lebhaft gestritten worden. Es ist nicht recht klar, warum sie gerade jetzt zur Beratung gestellt wird; wahrscheinlich dürfte es bei ihrer Behandlung zu Meinungsverschiedenheiten kommen.

Der Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung dürfte am 1. Januar 1921 eine Mitgliederzahl von mindestens (genaue Zahlen liegen noch nicht vor) 8 800 000 aufweisen. Davon entfallen auf den Zentralverband allein 2 714 109 Mitglieder. Von den übrigen genossenschaftlichen Zentralverbänden hat nur der Allgemeine Verband größere Bedeutung. Seit dem Jahre 1908 bis 1918 zeigt die Mitgliederzahl der eingetragenen Konsumgenossenschaften ein Anwachsen von rund 800 000 auf 2 850 000. Eine solche Entwicklung kann als gewaltig bezeichnet werden. Den größten Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung hat der Zentralverband deutscher Konsumvereine. In den 18 Jahren seines Bestehens hat sich die Zahl der ihm angeschlossenen Organisationen von 685 auf 1320 gesteigert. Die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder ist von 576 449 auf 2 724 704 gewachsen. (Im Berichtsjahr 1920 betrug die Steigerung rund 400 000.) Der Gesamtumsatz dieser Organisationen betrug im Jahre 1908 176 Millionen und ist bis zum Jahre 1920 auf 4 233 Millionen Mark angewachsen. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren erfuhr eine Steigerung von 15 Millionen Mark auf 660 Millionen Mark. Das eigene Kapital vermehrte sich von 18 Millionen Mark auf 191 Millionen Mark, das fremde Kapital von 22 Millionen Mark auf 599 Millionen Mark.

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stieg im Jahre 1920 von 55,1 Millionen Mark auf 80,8 Millionen Mark. Auch die Reserven und Spezialreserven zeigen absolut einen erfreulichen Zuwachs, nämlich von 27,8 Millionen Mark auf 32,8 Millionen Mark und von 22,9 Millionen auf 28,8 Millionen Mark. Die Spareinlagen der Mitglieder sind in einem Maße gewachsen, wie in keinem Jahr zuvor, nämlich von 271 Millionen Mark auf 389 Millionen Mark. Das ist ein Zuwachs von nicht weniger als 128 Millionen Mark. Was das bedeutet, ist daraus zu erkennen, daß im Jahre 1917 der Gesamtbeitrag der Spareinlagen nur 121 Millionen Mark betrug. Für die Kapitalbeschaffung der Konsumvereine ist dieses Wachstum der Spareinlagen sehr erfreulich, weil in der Not ein Teil davon als Betriebskapital dienen muß. Es beweist aber auch das steigende Vertrauen der Mitglieder zur Genossenschaft. Die genannten Zahlen legen Zeugnis ab von einer gesunden Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Das Jahrbuch für 1920, das dem Genossenschaftstag vom Vorstand unterbreitet wird, bringt wie alljährlich eine Fülle von Material auf dem genossenschaftlichen Gebiet. Es enthält u. a. Aufsätze über das Steuerwesen, über wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften und über die Maßnahmen zur Hebung der deutschen Volksernährung im Jahre 1920. Bei letzterem Kapitel wird allgemein über die Lebensmittelversorgung im letzten Jahre besagt:

Verglichen mit den vielfach noch recht unbedingten und unbedingten Zuständen des ersten sogenannten „Friedensjahres“, hat uns das zweite zweifellos wesentliche Erleichterungen und Verbesserungen gebracht. Die Ernährungsmöglichkeiten vermehrten sich recht ansehnlich, und auch in den Preisen trat trotz der Minderwertigkeit unseres Papiergeldes eine zunächst geringfügige, später nicht unerhebliche Wendung zugunsten der Verbraucher ein. Das ist zurückzuführen auf unsere sich allmählich vollziehende Einschaltung in die Weltwirtschaft, deren unvermeidliche Folge unsere langsame Erholung von der unheiligen Zwangswirtschaft sein mußte. Es ist einfach ein Umding, daß ein hochentwickeltes Land wie Deutschland eine gebundene Wirtschaft beibehalten kann, während ringsumher die freie Wirtschaft ganz oder zum größten Teil wieder eingeführt ist.

Die Frage „Freie oder Zwangswirtschaft?“ hat schon den letzten Genossenschaftstag beschäftigt und man hat sich dort fast einmütig für die Aufhebung der Zwangswirtschaft ausgesprochen. Im Jahrbuch wird eingehend dieser Standpunkt gerechtfertigt und dargelegt, daß besonders die gemeinwirtschaftlichen Genossenschaftsbetriebe unter der Zwangswirtschaft gelitten haben. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft kann nicht mehr aufgehalten werden; sie ist zu sehr durchläutert. Man kann aber mit guter Grüde über diese Frage wie auch über die Frage der Anpassung an den Weltmarkt anderer Meinung sein, als sie in dem Jahrbuch zum Ausdruck kommt. Auf dem Genossenschaftstag dürfte die Materie berührt werden, wenn sie auch keine Auseinandersetzungen hervorrufen wird.

Über die Verhandlungen des Genossenschaftstages werden wir zusammenfassend berichten.

17. Generalversammlung der Maler.

Kr. Frankfurt a. M., 10. Juni.

Der Zentralverband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lünker und Kleinführer hält in der Woche vom 18. bis 18. Juni hier seinen ordentlichen Verbandstag ab. Seit der letzten Tagung des Verbandes, 1919 in Würzburg, hat die Organisation eine erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Konnte damals der Verband 34 000 Mitglieder aufweisen, so ist diese Zahl inzwischen auf 55 000 angewachsen. Am Ende der Berichtszeit, Dezember 1920, betrug die Mitgliederzahl 54 161 gegenüber 20 417 am Schluß des vierten Quartals 1918. Die Steigerung der Mitgliederzahl in der Berichtszeit ist also ganz außerordentlich. Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Verbandes ist gering; sie betrug Ende 1920 372.

Diese Erhöhung der Mitgliederzahl ist erreicht worden trotz des schiefen Geschäftsganges im Malergewerbe. Die wirtschaftliche Lage des Maler- und Lackierergewerbes war in den letzten Jahren eine sehr gedrückte. Der Verband hat deshalb eine Reihe Maßnahmen zur Bekämpfung der ungünstigen Lage des Malergewerbes ergriffen. So wurde besonders auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung in einer großen Reihe Städte von dem Verband, vielfach selbständig, teils aber auch gemeinsam mit den Arbeitgebern, manches getan. Unter der Arbeitslosigkeit hatten die Verbandsmitglieder besonders stark zu leiden. Ende 1920 stifteten auf je 100 Mitglieder 18,10 Arbeitslose, was weit über dem allgemeinen Durchschnitt liegt. Der Verbandsvorsitzende gibt jedoch in seinem Bericht an die Generalversammlung der Meinung Ausdruck, daß das Malergewerbe wieder einem guten Geschäftsgang entgegensteht. Die inzwischen eingetretene Senkung der Materialpreise mußte eine Verbilligung der Malerarbeiten herbeiführen. Was diesen Angelegenheiten die Verbandsleitung

schließen zu können, daß eine bessere Konjunktur wieder eintritt, die dem Gewerbe wieder viele Berufsangehörige und der Organisation neue Mitglieder zuführen wird.

Die Arbeiter des Malergewerbes leiden sehr unter Geldmangel durch die Verzögerung giftiger Stoffe und durch die Tätigkeit in staubigen oder mit schädlichen Gasen angefüllten Räumen. Der Verband kämpft schon seit Jahrzehnten für einen erhöhten Gesundheitschutz seiner Mitglieder. Er hat auch in der Berichtszeit auf diesem Gebiete eine rege Tätigkeit entfaltet; zahlreiche Vorordnungen gegen die Schäden der Malerarbeitenverarbeitungen sind seinem Vorsetzen zu danken.

Die Lohn- und Tarifbewegungen des Verbandes waren in der Berichtszeit sehr zahlreich. Am 15. Februar 1920 endete der 1918 abgeschlossene und später verlängerte Reichstarifvertrag. Es war nun nicht leicht, einen neuen allgemein verbindlichen Tarifentwurf zu schaffen, und es hat langer Verhandlungen bedurft, bis es zum Abschluß eines neuen Vertrages kam. Die Ergebnisse der Bewegung waren für die Berufsangehörigen sehr günstig, es wurden ganz wesentliche Erfolge im Interesse der Kollegen erzielt. Von allgemeinem Interesse dürfte eine Zusammenfassung der seit 1918 bis 1920 erzielten Lohnerhöhungen sein. Danach betrug die Lohnerhöhung im Jahre 1920 bei 49 850 Beteiligten 277,74 Pfennig die Stunde. In den Jahren 1918 bis 1920 betrug die Lohnerhöhung jedoch insgesamt 432,64 Pfennig die Stunde.

Die Finanzen des Verbandes haben mit der Entwicklung der Organisation gleichen Schritt gehalten. Die Gesamteinnahmen betragen 1920 8 350 346 Mk., denen eine Gesamtausgabe von 4 600 342 Mk. gegenübersteht. Das Verbandsvermögen beträgt zurzeit 3 564 000 Mark gegenüber 825 000 Mark zu Beginn der Berichtszeit.

Die Tagesordnung der Generalversammlung ist eine sehr reichhaltige. Neben den üblichen Geschäftsberichten stehen wichtige Probleme zur Erörterung. Auch die Frage „Moskau oder Amsterdamb“ dürfte zu einer Auseinandersetzung führen. Es liegt hierzu ein Antrag vor, der verlangt, daß die gesamten Arbeiterorganisationen geschlossen der dritten roten Gewerkschaftsinternationale Moskau beitreten. — Aussicht auf Annahme dürfte dieser Antrag jedoch nicht haben. — Wir werden über die Verhandlungen des Verbandstages zusammenfassend berichten.



Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungsorten in Lübeck als auch in den umliegenden Ortschaften ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des „Volksboten“ in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.



Betriebsrätewahl bei der Reichseisenbahn.

S. A. Am 16. und 17. Juli wählen die Arbeiter der Reichseisenbahn zum ersten Male ihre Betriebsvertretung nach einheitlichen Bestimmungen für das ganze Reich. Gleichzeitig erfolgt die Wahl der Beisitzer zu den Schlichtungsstellen.

Vor Jahresfrist wurden die Betriebsvertretungen bei den sieben Zweigstellen der Reichseisenbahn noch auf Grund von Länderverordnungen gewählt, die durch die zuständigen Landesregierungen erlassen waren. Jetzt erfolgen die Wahlen auf Grund von Verordnungen der Reichsregierung bezw. des Reichsverkehrsministers. Die Verordnung für die Betriebsrätewahl ist nach den Vorschriften des § 61 des B. R. G. und, soweit die Schlichtungsordnung in Betracht kommt, nach den Bestimmungen des § 104 Ziffer 2 B. R. G. über die Sonderschlichtungsausschüsse erlassen.

Nach der Betriebsräteordnung sind zu wählen: Vertretliche Betriebsvertretungen (Betriebsräte und Betriebsobleute) bei den Dienststellen, Bezirksbetriebsräte bei den Eisenbahn-Generaldirektionen, Eisenbahndirektionen und Eisenbahnbetriebsdirektionen, ferner ein Hauptbetriebsrat beim Reichsverkehrsministerium. Der letztere besteht aus 25 Mitgliedern und vertritt rund 600 000 Eisenbahnarbeiter.

Die Verordnung über die Errichtung von Sonderschlichtungsausschüssen bestimmt, daß Schlichtungsstellen bei jeder Eisenbahn-Generaldirektion und Eisenbahndirektion sowie ein Hauptschlichtungsausschub beim Reichsverkehrsministerium zu errichten sind. Auf die Einzelheiten über die Zusammensetzung und die Zahl der Mitglieder kann hier nicht näher eingegangen werden.

An dem Ausgang dieser Wahl ist nicht nur die Eisenbahn-Arbeiterchaft lebhaft interessiert, sondern die gesamte freigewerkschaftliche Arbeitnehmerchaft Deutschlands muß der Entwicklung der Arbeiterrechtsverhältnisse und der Steigerung des freigewerkschaftlichen Einflusses bei der Reichseisenbahnverwaltung ihre größte Aufmerksamkeit schenken. Bei dieser Wahl kommt es darauf an, festzustellen, wie weit das Klassenbewußtsein der Eisenbahnarbeiterchaft erwacht ist, d. h. ob der freigewerkschaftliche Gedanke und die Erkenntnis der Klassenlage bei den Eisenbahnarbeitern neue Fortschritte gemacht hat. Es ist deshalb notwendig, ganz besonders die Eisenbahner an dieser Stelle nochmals auf die große Bedeutung der Wahl aufmerksam zu machen.

In der Hauptfrage sind es drei Parteien, die um den Erfolg streiten: Der Deutsche Eisenbahner-Verband ist als freie Gewerkschaft die weitest ausgebreitete Organisation. Er hat bei der letzten Wahl im ganzen Reich rund 350 000 Stimmen aufgebracht und ca. 4/5 aller Mandate erhalten. Dem Deutschen Eisenbahner-Verband folgten im großen Abstand die christliche „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ mit rund 80 000 und der „Allgemeine Eisenbahnerverband“ (Hirsch-Dunderscher Richtung) mit ca. 47 000 Stimmen. Die letztere Organisation ist nur in Preußen vertreten. Ihr Führer ist der in Eisenbahnerkreisen berühmte demokratische Abgeordnete Riedel, Mitglied des Preussischen Landtages für den Wahlkreis Frankfurt a. D. Wir sind leider gezwungen, uns hier etwas näher mit Herrn Riedel zu befassen. Im Preussischen Landtag wurde er als „Märchenerzähler von Lichtenberg“ bezeichnet, weil er den Schwund von der Er-

erbung der Schugleute im Rathause zu Lichtenberg während der Märzämpfe des Jahres 1919 weiterverbreitete. Bei den Eisenbahnern ist dieser Mann nicht etwa durch besondere Verdienste bekannt geworden, sondern durch seine „Fähigkeiten“, die hauptsächlich auf demagogischem Gebiet liegen. So hat z. B. der Herr „Generalsekretär“, wie er sich so gern selbst bezeichnet, im Dezember 1919 in einem Artikel des Lokalanzeigers die Eisenbahnverwaltung dadurch scharf zu machen versucht, daß er die Behauptung aufstellte, die Eisenbahnverwaltung habe nicht den Mut, die nach seiner Ansicht zu viel vorhandenen rund 150 000 Arbeiter zu entlassen.“ Durch die bekannte Schließung einer großen Anzahl von Eisenbahnwerkstätten ging der Herzogswunsch Niedels in Erfüllung. Er sah seine Scharfmacherei von Erfolg gekrönt. Aber auch auf anderem Gebiete hat der A. E. V. unter Niedels Führung ähnliche Fähigkeiten entwickelt. Als im Herbst vorigen Jahres die Teuerungswelle im ständigen Steigen begriffen war, hat der A. E. V. eine Eingabe an das Reichsverkehrsministerium gemacht, in der er mehrere Vorschläge unterbreitete, wie der Notlage der Eisenbahner abzuhelfen sei. Über das Originelle an der ganzen Sache war, daß der A. E. V. in seiner Denkschrift gleichzeitig auch die Gründe dafür anführte, daß eine bessere Bezahlung der Eisenbahner aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner blieb ebenfalls nicht untätig. Auch sie trat auf den Plan, um den Nachweis zu führen, daß den Eisenbahnern mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht geholfen sei, weil die sofortige Folge ein weiteres Sinken der Papiermark sei.

Im Wahlkampf gebärden sich diese Herren äußerst radikal. Wenn man ihre Artikel und Flugblätter liest und ihre Reden hört, könnte man glauben, alles was im Tarifvertrage oder sonstwo für die Eisenbahner günstig geregelt ist, sei ihnen, dagegen sei alles, was irgendwo ungünstig und schlecht ist, dem D. E. V. zu verdanken. Sie spekulieren dabei auf die Unerfahrenheit der Eisenbahner in gewerkschaftlichen Dingen. So suchen die Gegner den Eisenbahner vorzumachen, der D. E. V. und die Betriebsräte des D. E. V. seien an den Ver schlechterungen schuld, die das Reichsverkehrsministerium bei Erlass der neuen Betriebsräteordnung vorgenommen hat. Dabei steht aktenmäßig fest, daß es einzig und allein dem energischen Auftreten der Vertreter des D. E. V. zu verdanken ist, daß nicht noch weitere Verschlechterungen der Betriebsräteverordnung und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen unter stillschweigendem Zuschauen der Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunderscher Verbände vorgenommen werden konnten.

Die Eisenbahner müssen beachten, daß nur die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, die in der Einheitsorganisation, dem Deutschen Eisenbahner-Verband, zusammengeschlossen sind, eine wirkliche Macht bilden, weil sie eng verbunden sind mit 8 Millionen deutscher Arbeitnehmer, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigt sind. Es ist von allen reiflos auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Eisenbahner unbedingt darauf zu achten, daß keine Zerspaltung der Stimmen zum Nachteil der freigewerkschaftlichen Listen dadurch herbeigeführt wird, daß auf den Dienststellen politische Listen propagiert werden.

Überall sind die Listen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes zu wählen. Andere Stimmzettel sind zurückzuweisen. Wo für einzelne Dienststellen keine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt ist oder wo, weil nur eine Liste vorliegt, keine Wahl für die Dienststellenvertretung stattfindet, sind trotzdem die zwei Stimmzettel des D. E. V. abzugeben. Sie haben in diesem Falle Gültigkeit für Bezirksbetriebsrat, Schlichtungsstelle, Hauptbetriebsrat und Hauptschlichtungsausschub.

Die Gegner sind von uns im Wahlkampf entlarvt worden. Sie schäumen vor Mut und suchen sich durch allerlei Wahlmanöver und faustdicke Wahlzügen zu rächen.

Aus aller Welt.

Faule Eier und Viebeswahnstarr. Eine tragikomische Liebesgeschichte kam vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Ein Fräulein v. S., die Tochter eines sehr reichen, inzwischen verstorbenen russischen Fabrikanten, verfolgte seit längerer Zeit einen Schauspieler mit ihren Liebeswerbungen. Sie hatte früher, obwohl er verheiratet war, sich in ihn verarzt verliebt, daß sie sich mit ihm auf Reisen begab. Später war er ihrer überdrüssig geworden und hatte das Verhältnis gelöst. Fräulein v. S. aber wollte nicht von ihm lassen; sie reiste ihm nach, wenn er außerhalb ein Engagement angenommen hatte, telephonierte an ihn, schrieb auch wiederholt an seine Frau und bedrohte ihn schließlich mit dem Tode. Zu einer ganz besonders wüsten Szene kam es eines Abends im Thalia-Theater, wo der Schauspieler auftrat. Die Angeklagte hatte sich 300 Eintrittskarten für diese Vorstellung gekauft und sie an Bekannte verteilt mit dem Auftrage, einen Heidenlärm zu machen, wenn der Abtrünnige auftrat. Sie selbst wählte der Vorstellung in einer Loge bei und als der erwartete Lärm ausblieb, erhob sie sich, regalierte den Schauspieler mit drastischen Schimpfwörtern und warf nach ihm, der einen funkelneuenen Frack anhatte, die berüchtigten faulen Eier. Das war dem also Begrüßten denn doch zu bunt, er stellte Strafantrag und Fräulein v. S. hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Auf Antrag des Verteidigers war der Digitalakt Dr. Störmer zugezogen; er erklärte, daß bei der Dame ein derartiger Viebeswahnstarr vorherzusehen, daß sie für ihre Tat nicht verantwortlich sei. Infolgedessen erlagte die Freisprechung der Angeklagten.

Gehamertes Geld. Der Aufkauf der Reichsbank, das noch hier und da geparte oder gehamerte Gold ihren Kassen zur Verfügung hat, obgleich der Appell an das Publikum erst vor etwa zwölf Tagen ergraben ist, schon zu einem ganz ansehnlichen Ergebnis geführt. In den Berliner Reichsbankhaltungen wurden etwa 40 000 Goldmark, das entspricht einer Summe von etwa einer halben Million Papiermark, abgeliefert.

Die Prothese als Geldbeutel. In einem Kasse in Graz wurde ein junger Mann namens Johann Barna wegen Zechprellereien von der Kriminalpolizei verhaftet. Es wurde dann auf Grund der Personalbeschreibung und einer Prothese, die der junge Mann als Kriegsbesitzer am linken Fuß trägt, festgestellt, daß Barna von der Budapest Oberstadthauptmannschaft wegen Veruntreuung von 2 1/2 Millionen gesucht wird. Er hatte sich in Budapest unter anderem Namen aufgehalten und füllte daneben über Steiermark und Salzburg nach München. Das Geld brachte er in einer Prothese über die Grenze. In München wechselte er Dollar und Franken in einen Sack von 175 000 Mk. um. Dann lehrte er über Rosenheim, Linz, Salzburg und Wien nach Graz zurück, wo er große Geldsummen ausgab. So machte er in einem Hotel in drei Tagen eine Beute von über 160 000 Kronen. Bei seiner Verhaftung fand man bei ihm nur noch 12 Kronen.

Dorfbrand im Engadin. Aus St. Moritz wird gemeldet: Bei einem Dorfbrand in dem Unterengadiner Dorf Cent sind 50 Häuser innerhalb 1 1/2 Stunden niedergebrannt. Als Hilfe kam, da die Be-

Wartung auf den Feldern und im Walde beschäftigt war. Die Gebäude waren zerstört, die Fahrwege aber nur wenig. Der Viehbestand ist verloren. Der Brand soll durch Kaminschaden entstanden sein. 150 Personen sind obdachlos.

Brand bei einem Kinobrand entstand unter den Besuchern des Kinobaus Invalidenstraße in Berlin. Dort gerieten gegen Schluß der Vorstellung Kilmittel im Vorführungsraum in Brand. In Nu Stand dieser im Flamm. Die Notbeleuchtung verlachte und nun entstand eine Panik. Beamte der Schupo, die schnell zur Stelle waren, griffen sofort mit Umsicht und Entschlossenheit ein, so daß weiteres Unheil vermieden wurde. Das Publikum kam mit dem Schrecken davon. Die alarmierte Feuerwehr war ebenfalls schnell zur Stelle. Es gelang, den Brand auf den Vorführungsraum, der vollständig ausgebrannt ist, zu beschränken. Angeblich hat nur eine Person außer dem Vorführer Verletzungen leichter Natur erlitten.

Eine Bestie. In Arnhem in Mähren wurde der Goldarbeiter Hlobil verhaftet, der vor einigen Tagen durch das Spannen eines Drahtseils über die Chaussee bei Egidien in Niederösterreich einen Autounfall herbeiführte, wobei eine Person getötet wurde. Hlobil will die Tat aus Rache verübt haben.

Zum Tode verurteilt. Aus Darmstadt wird gemeldet: Das hiesige Schwurgericht verurteilte den wegen Raubmordes angeklagten Schuhmacher Schmidt aus Biersdorf, der am 28. Februar in Wessermühle zu Bensheim die 19-jährige Tochter der Mühlensbesitzerin Harmann erschoss, die Wohnung ausraubte und sich gegen die Verfolger mit dem Revolver zur Wehr setzte, zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus.

238 Menschen ertranken. Der Dampfer „Dubulina“ ist von Smyrna kommend auf eine Mine gestoßen und gesunken. Von den 240 Passagieren, die sich an Bord befanden, sind nur zwei durch die Mannschaft des Panzerschiffes „Vennos“ gerettet.

Munitionsunglück. In der Munitionsverlegungsanlage Rodenhagen bei Kallberg wurden beim Zerlegen von Munition zwei Arbeiter getötet und ein dritter schwer verletzt.

Das Goldversteck im Mundwasser. Nebenmangensaures Kali hat in unaufgelöstem Zustande eine fast undurchsichtige tiefpurpurne Farbe. Das benutzte ein Dieb in Berlin, der eine Hausdurchsuchung erwartete. Er geschlug allerlei Goldfächer, die er gestohlen hatte und versteckte die Stücke in eine Flasche, die mit der purpurnen Flüssigkeit gefüllt war. Das Gold war so nicht zu sehen, und der Dieb ließ die Flasche ganz offen auf dem Waschtische stehen, als ob sie kein Zahnwasser enthalten hätte. Doch der deutsche Detektiv fand die Goldstücke in der Flasche. Wenn es ihm auch nicht gelang, einen Millionenraub zu fassen, so konnte er doch wenigstens das Gold dem purpurnen Kalibade entreißen und sie dem Eigentümer wieder zustellen.

Zweimarktscheine aufgehoben. Den Fälschern der Fünfzigmarktscheine ist die Fälschungsabteilung der Reichsbank in der letzten Zeit so gründlich zu Leibe gegangen, daß ihre Tätigkeit im wesentlichen jetzt gebrochen zu sein erscheint. Die Schwierigkeit mit den falschen Fünfzigmarktscheinen hat aber andere auf den Gedanken gebracht, sich den Zweimarktscheinen zuzuwenden. Die Fälschungsabteilung der Reichsbank hat jetzt zwei derartige Fabriken in Berlin ermittelt, mit allem Material ausgehoben und die Fälscher verhaftet. Zu einer Fälscherbande, die Fünfzigmarktscheine machte, gehörte auch ein Arbeiter Bromzig. Auf photographischem Wege stellte er die Platten her, und in dem Steinbruder Warteis aus Neudöhlen fand er einen Gesserscheffer, der die Platten auf den Stein brachte. Der dritte im Bunde wurde ein Möbelhändler Lau aus Neudöhlen, der die Witwe eines verstorbenen Fälschmülers kannte. Diese besaß noch eine Handdruckpresse. Lau kaufte sie ihr ab, und jetzt begann die Fabrikation der Zweimarktscheine.

Eisenbahnunglück bei Madrid. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nähe von Madrid ereignet. Ein Zug stieß mit einem Güterzuge zusammen. Bis jetzt sind 14 Tote unter den Entomern hervorgegangen worden. Die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. Zahlreiche Verwundete sind in Stillsitzen nach Madrid übergeführt worden. Unter den Toten befindet sich der frühere Abgeordnete Sergio Novales, unter den Schwerverwundeten der bekannte Schriftsteller Ortega Munilla.

Ein Attentat auf den D-Zug Köln-Damburg. Auf den D-Zug Köln-Damburg wurde zwischen den Stationen Sinsin und Haltern ein verbrecherischer Anschlag verübt, indem ein Sprengkörper auf das Geleise gelegt wurde, der beim Ueberfahren durch den D-Zug mit einem heftigen weithin hörbaren Knall explodierte. Irgehtlicher Schaden wurde dem Zuge glücklicherweise nicht zugefügt. Dagegen erlitt der Wagentörper schwere Beschädigungen.

Geschäftliches.
Ein Vortrag mit Ausstellung „Sparbares Kochen und Heizen“, der bei der jetzigen allgemeinen Kohlennot und den enormen Kohlen- und Gaspreisen von größter wirtschaftlicher Bedeutung sein dürfte, findet am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr und Sonnabend, den 18. Juni, nachm. um 6 Uhr und abends um 8 Uhr im gelben Saale des Stadttheaters statt.

Kohlenparföcherb-Ausstellung. Infolge großen Zuspruchs steht sich die ausstellende Firma veranlaßt, die Vorführung von Kohlenparföcherb im Bürgerverein, Königstraße 25, um einen Tag zu verlängern.

Jeder Parteigenosse muß
zum bevorstehenden Monatswechsel noch fleißig agieren, um alle diejenigen aus seinem Bekannten- und Kollegenkreise, welche noch bürgerliche Zeitungen lesen, für den „Lübecker Volksboten“ zu gewinnen. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften, ganz gleich ob Kopf- oder Handarbeiter, sollten sich von der kapitalistischen Presse losagen und nur diejenigen Zeitungen lesen und unterstützen, die ihre Interessen vertreten. Der politische Tagestampfer fordert für jeden, an den Ereignissen regen Anteil nehmenden Menschen die Lektüre einer gut geleiteten und richtig informierenden Zeitung. Wer daher ein solches Blatt im Hause lesen will, muß

den „Lübecker Volksboten“ bestellen.

Es ist daher Pflicht eines jeden sozialistisch denkenden Arbeiters, Angestellten oder Beamten, unablässig neue Abonnenten für den Volksboten zu werben.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46, einzusenden.

Ich abonniere den Lübecker Volksboten mit den Beilagen „Für unsere Frauen“ und „Kinderland“ täglich frei ins Haus für M. 4.50, mit der illustrierten Kupferdruckbeilage „Siedlung und Kleingarten“ M. 5.— pro Monat.

Name _____

Wohnung _____

Beruf _____

Wasserkunstbeiträge.

Gaubecker, die mit der 1. Rate der Wasserkunstbeiträge sowie der Kassegebühren in Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, den Rückstand nunmehr innerhalb einer Woche, vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, zu entrichten, andernfalls Zwangsvollstreckung eintritt.

Lübeck, den 15. Juni 1921. (2999)
Die Betriebsbehörde.

Willi Kummer
Anni Kummer
geb. **Mitrow**
Ber m ä h l t e. (2993)
Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit, sowie dem Wessermühlbad „Waldampr voraus“, der Gesangsabt. des „Blattdeutschen Vereins Ges.“, dem Vb. F. C. „Victoria“ von 1908 sagen wir herzlichsten Dank. D. D.

J. vt. 1 B. D.-Stef., 37, neu, 1 Baar D.-Schuhe, 41, getr. (2983) Meierstr. 30a, II.
J. vert. eine gut erh. Küchen-Einricht. Sadomast. 8, III. (2997)
Zwei Bettstellen zu vert. (2979) Kerkeringstr. 59.
Schlafstube, kompl. 2100 Mk. (2986) Breite Str. 22, Stg.
E. n. Kinderwagen zu vert. (2998) Kottwitzstr. 27a II, z.

Heute entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Elisabeth Hoyer,
geb. **Gordes**
im 64. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Gari Hoyer sen.
Gari Hoyer jun. u. Frau
geb. **Tretow.**
Freitag, 18. Juni 1921
Trauerfeier: Freitag
den 17. Juni, 2.30 Uhr
im Trauerhause.

S.-Sportwesten zu vert. (2987) Vorbeckstr. 18 I.
J. vert. f. n. 51. feid. Bluse. (2993) Engelsgrube 20.
1a. Terr.-Zucht-Hünd. und zwei 8 Woch. alt. Terrierd. (2980) Kottwitzstr. 89, Tel. 1236
Glucke mit 15 Kühen zu vert. (2995) Rüchitz, Kolonie 50.
Neue Partie Ferkel u. H. Jungläufer zu verkaufen.
(298) Schönböckener Str. 18.
J. ff. gef. 2 H. Gasherd. Ang. u. B E an die Exp. d. Bl. (2983)
J. laut. gef. H. Kinderwagen od. Kasse Sportwagen m. Verbed. Ang. unt. A E an die Exp. d. Bl. (2984)

Am Dienstag morgen entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder und Schwager **Hugo** im 18. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzhaft vermisst von den Seinen. (2990)
Ghr. Friede a. Frau
geb. **Karllag,**
Liesbeth, Gari und Anni Friede
Fr. Krapp u. Frau
geb. **Friede.**
Beerdigung Freitag,
den 17. Juni, nachm.
2 1/2 U. im Krematorium

Anzeigen
für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 46.

Am Montag abend entschlief sanft unser lieber Vater, Großvater u. Urgroßvater
Johann Wulf
im 88. Lebensjahre.
Tief betrauert von seinen Kindern und Angehörigen. (2992)
Wilhelm Wulf.
Schäftingstr. 41.
Trauerfeier am Freitag 17. Juni Kapelle Berwitzer Friedhof.

Visitenkarten
fertigt am
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.
Seaking-Herde
Adolf Borgfeldt,
Lübeck. (2969)

Für alle Vereine
Körperschaften und Organisationen
gewerkschaftlicher, öffentlicher,
gemeinnütziger und privater Richtung

liefern wir
SÄMTLICHE ERFORDERLICHEN
D R U C K S A C H E N

Wir sind nunmehr mit den modernsten Einrichtungen, Maschinen und Schriften versehen und können

Plakate • Statuten • Werbeschriften
Rundschreiben • Programme • Zeitschriften • Einladungen • Formulare
Mitgliedskarten • Stempel
Briefbogen • Postkarten

wunschgemäß und sehr preiswert bei kürzester Lieferungsfrist herstellen.

Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten
Johannisstraße 46.



Urbin
der gute Schuhputz

In Dosen überall erhältlich.
Vertrieb: Urbin & Lorenz, Charlottenburg

In unserem Verlage erscheint demnächst:

Kommentar
zum Reichs-
heimstättengesetz
von Regierungsrat Dr. Meyer, Lübeck.

Ein unentbehrliches Hilfsbuch für alle Behörden, Architekten, Bauunternehmer, Volkswirtschaftler, Siedler und Siedlungslustige.

Friedr. Meyer & Co., Lübeck
Johannisstraße 46
Verlag — Buchdruckerei — Buchhandlung

Täglich zu seinen Kunden
spricht der Kaufmann

durch wirkungsvolle Inserate im „Lübecker Volksboten“.
Bei der großen Leserschaft haben diese durchschlagenden Erfolg!

Färbe zu Hause
Kleider, Blusen, Tücher, Bänder, Strümpfe, Garne, Gardinen, Spitzen u. s. w.
nur mit
Heitmann's Farben

Bestbewährt  Größte Auswahl

Andere Farben zurückweisen
Alleinige Fabrikanten:
Gebr. Heitmann, Köln & Riga

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.
Vertretung u. Lager: E. R. Schultz, Lübeck, Engelsgrube 24. (2960)